Abonnementspreis
der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Die Arbeit" einschl. Bringerlohn 50 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Quartal. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.25. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, II.
Sprechstunde
Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1705.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mindestens 3maliger Wiederholung etwas Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens bis 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1708.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 78. | Dresden, Mittwoch den 6. April 1904. | 15. Jahrg.

Der Heldenkampf der ungarischen Sozialdemokratie.

Wien, 4. April.

-th- Am Ostersonntag wurde in Budapest der Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie eröffnet. Zweierlei gibt diesem Parteitage seine besondere Wichtigkeit. Die starke Entwicklung, die die Partei in den letzten Jahren durchgemacht hat und die neue Periode heftiger Verfolgungen, die mit dem Regierungsantritt Tiszas ihren Anfang nahm. Szell war nur eine Pause, ein Ausnahmefall verhältnismäßiger Anständigkeit ungarischer Verwaltungspraxis: Tisza aber ist der würdige Nachfolger Banffys, der eifrige Erfüller aller Banffyschen Gesetze und Knüppelverordnungen. Man braucht nur den Bericht zu überfliegen, welchen die Parteileitung dem Kongresse vorgelegt hat; er ist eine gedrängte aber vollständige Uebersicht der Brutalitäten, Quälereien und Niederträchtigkeiten, mit denen eine Regierung der Willkür und Gewalt einer jungen Arbeiterbewegung zusetzen kann. Heben wir ein paar Daten heraus. Versammlungen wurden den Sozialdemokraten nicht öfter als 181 verboten — alle gemäß dem Erlasse Tiszas, daß man sozialdemokratische Versammlungen nicht dulden solle, — also bloß weil sie von und für Arbeiter einberufen waren. Die Begründung lautet in lakonischer Kürze gewöhnlich: „Es ist nicht notwendig, daß die friedliebende Bevölkerung durch Hetzer gestört werde." Auch vor den sozialdemokratischen Zeitungen muß die „friedliebende Bevölkerung" geschützt werden. Die deutsch und magyarisch erscheinende Nepszava, das Pester Zentralorgan, hat zwölf Preßprozesse erlitten, sieben weitere schweben noch; der kroatisch-sozialdemokratische Abeveral zählt acht, die serbisch-sozialdemokratische Narodna Retsch achtundzwanzig Prozesse. Dabei sind die Urteile wegen „Politisierens", die besonders Gewerkschaftsblätter treffen, nicht mit einbezogen; in dem freien Ungarn ist nämlich die Befugnis, Artikel politischen Inhalts zu veröffentlichen, an die Erlegung einer Kaution gebunden. Die Arbeiterpresse hat in einem Jahre mehr Preßprozesse erlitten als bürgerliche seit dem Jahre 1867. Für die sozialdemokratischen Blätter ist überdies, um ihre Verbreitung auf dem Lande zu hemmen, das vom Gesetz „auf ewige Zeiten" aufgehobene Zensur wieder eingeführt, indem die Post die Beförderung der Blätter verweigert, solange der Staatsanwalt die Bewilligung nicht erteilt hat.

Am brutalsten und systematischsten wird die Feldarbeiterbewegung verfolgt. Eine gewerkschaftliche Organisation der Feldarbeiter ist überhaupt unmöglich. Die bürgerliche Gesellschaft in Ungarn zittert vor der Widerstandsbewegung des Landproletariats. Der große Erntestreik 1898 wurde im Blute erstickt und das Doranyische Sklavengesetz verbot die Feldarbeitervereine überhaupt. 1903, als wieder ein solcher Streik ausbrach, wurde das Gesetz mit rücksichtsloser Strenge angewendet. Hunderte von Schnittern gingen auf dreißig Tage ins Gefängnis und andere Hunderte wurden von Gendarmen zur Arbeit gezwungen. Trotzdem sind die Feldarbeiter in Bihar, Locs und Arad in den Ausstand getreten — 6000 Mann — und haben sich aller Verfolgungen ungeachtet höhere Löhne erstritten. Unter dem Landproletariat, das in Ungarn eine ganz andere Rolle spielt als in jedem anderen Lande, ist nun nur noch Agitation in politischer Form möglich, erzielt auch beträchtliche Erfolge, wenn schon die Zerstreuung über weite Gebiete und die dürftigen Lebensverhältnisse dieser Arbeiterschichten schwere Hemmnisse für die Propaganda bedeuten.

Die gewerkschaftliche Bewegung hat im vorigen Jahre gewaltige Fortschritte gemacht. Seit Jahresbeginn besteht in Pest ein Gewerkschaftssekretariat. In der Hauptstadt gibt es 13 Landesverbände und 27 Lohnfachvereine mit insgesamt 36 818 Mitgliedern. Die Landesverbände unterhalten in 157 Städten und Städtchen Filialen. Daneben zählt man in der Provinz 36 selbständige Fachvereine mit 4320 Mitgliedern. So waren die Gewerkschaften am 31. Dezember 1903 auf 41 138 Mitglieder angewachsen, während sie Ende 1902 nur 15 387, Ende 1901 10 099 Mitglieder aufgewiesen hatten. Bei dem starken Anwachsen in den letzten Monaten schätzt man ihre Mitgliederzahl jetzt auf rund 45000 Köpfe. Der im vorigen Jahre geschaffene Metallarbeiterverband hat 3000, der Buchdruckerfachverein 4800 Mitglieder. Die Zahl der Arbeiterbildungs- und Feldarbeitervereine ist nicht genau festzustellen. Es bestehen ungefähr 200 Vereine mit 15000 Mitgliedern.

Der Parteibericht berichtet über die erlittenen Verfolgungen. Man liest da Dinge, die selbst einen mit magyarischen Verhältnissen Vertrauten erstaunen machen. So wurden in Temesvar vom Polizeistadthauptmann bei einem Buchdruckerstreik 27 Lehrlinge wegen „Einstellung der Arbeit" zu 10—100 Kronen verurteilt, einige Genossen wegen in 27 Fällen begangener „Aufreizung zum Streik" und „Lehrlingsverführung" zu siebenundzwanzigmal 50 Kronen, insgesamt zu 1350 Kronen Geldstrafe oder zu 81 Tagen Arrest verdonnert. Ueberhaupt ist „Verleitung und Verlockung der Fabrikarbeiter zur Arbeitseinstellung" das Lieblingsdelikt der ungarischen Gerichte. Doch handhabt man noch wirksamere Mittel. Die Freizügigkeit im eigenen Vaterlande ist für den Sozialdemokraten in Ungarn aufgehoben. Einen sozialdemokratischen „Hetzer", das heißt Versammlungsredner abzuschieben und auf einige Zeiten ausweisen zu lassen, ist für die Pandurenbehörde ein Kinderspiel. Ja in Sargo-Tarpan sind 46 Bergarbeiter abgeschoben worden, weil sie im Verdachte standen, Sozialdemokraten zu sein. Im ganzen zählt das übrigens durchaus unvollständige Strafregister an Geldstrafen 25 827 Kronen gleich 2583 Tagen Haft, überdies 13 Jahre 6 Monate 14 Tage Haftstrafen. Die Strafen wegen Teilnahme am Erntestreik sind in die Aufstellung nicht mit eingeschlossen; da wurden mindestens 25 Jahre Haft verhängt. Abgeschoben und ausgewiesen wurden 117 Genossen.

Wie bei diesen nichtsnützigen Quälereien die obersten Leiter der Verwaltung höchstpersönlich mitwirken, mögen einige Beispiele — zugleich zeitgemäße Beiträge zur magyarischen Kulturgeschichte — klar machen. Als die obenerwähnten 45 Bergarbeiter mir nichts dir nichts abgeschoben wurden, begab sich eine Deputation von Arbeitern, geführt von Dr. Laszlo, Advokatenkandidat und Mitarbeiter der Nepszava, zum Ministerpräsidenten, um von ihm zu erfahren, ob wirklich 45 ungarische Arbeiter und Familienväter von der Polizei aus Wohnsitz und Brot geworfen werden dürften, weil sie „verdächtig waren, sozialdemokratische Zeitungen gelesen zu haben". Als Dr. Laszlo die Beschwerde vorbrachte, unterbrach ihn Tisza schreiend: „Halten Sie Ihr Maul, Sie müssen noch vieles lernen, bis Ihnen die Milchzähne wachsen." Es ist bemerkenswert, daß keines der Budapester und Wiener bürgerlichen Blätter diese Probe von Ministerhöflichkeit seinen Lesern zur Begutachtung vorlegte, obwohl sonst jeder Parlamentsklatsch den Weg in die Oeffentlichkeit findet. Dr. Laszlo ließ sich natürlich die Frechheit des Bettgarenhäuptlings nicht gefallen, sondern verklagte den Grafen Tisza. Das Gericht erledigte die Klage noch an demselben Tage mit der einfachen Abweisung, die also begründet war: Die Worte des Ministerpräsidenten seien nur die Umschreibung dafür, daß sich die Jugend vor den erfahrenen Männern zu beugen habe, enthielten darum nicht die Kriterien einer Beleidigung. Außerdem habe der Ministerpräsident die Worte nicht als Privatmann gesprochen, und er könne wegen einer amtlichen Handlung im ordentlichen Gerichtsweg nicht zur Verantwortung gezogen werden. „Halten Sie das Maul!" ist also der Amtsstil des magyarischen Ministerpräsidenten.

Doch nicht bloß sein Amtsstil, auch der des würdigen Kollegen, des Handelsministers Hieronymi, der vor einigen Tagen eine Deputation von Diurnisten, welche um Aufbesserung der Gehälter untertänigst zu bitten kam, entgegen brüllte: „Wem die Beschäftigung nicht gefällt, der lege die Feder nieder. Wenn Sie heute gehen, haben wir schon morgen dreimal soviel Leute." Noch schlimmer sprang derselbe Herr mit den Angestellten und Beamten der Ungarischen Staatsbahnen um. Die Versprechungen, die diesen Tisza bei seinem Amtsantritte gemacht hatte, wurden nicht eingelöst. Nun machten die Betrogenen Miene, die Gehaltserhöhung durch gewerkschaftliche Organisation zu erkämpfen. In einer der Versammlungen ließen zwei Beamte das Wort „Streik" fallen, sie werden nun wegen „Aufwiegelung" strafrechtlich verfolgt. Die Beamten gründeten darauf einen Landesverband und veranstalteten Sammlungen, aus denen die Opfer der Bewegung unterstützt werden sollen. Hieronymi verbot die Sammlungen mit Hinweis auf die berüchtigte Perczalsche Verordnung, die 1898 gegen die Arbeiter erlassen wurde, sich aber nur auf öffentliche und nicht auf Sammlungen bezieht, die im Vereinskreise gemacht werden. Weiterhin verordnete Hieronymi, daß derjenige, der das Geld nicht zurücknimmt, disziplinarisch und strafgerichtlich verfolgt werden soll, und der Direktionspräsident, um dem ganzen die Krone aufzusetzen, fügt aus eigener Willkür hinzu, daß der sich Weigernde sofort des Dienstes zu entlassen sei. — So sieht sie in Wahrheit aus die „ungarische Freiheit".

Politische Uebersicht.

Arbeiter-Kongresse in der Schweiz.

Gleich aufeinanderfolgend haben in Luzern zwei Kongresse getagt, die die beiden Zweige der Arbeiterbewegung verkörpern, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Am 3. April tagte der Gewerkschaftskongreß, am 4. April der außer-

---

[Fortsetzung.] [Nachdruck verboten.]

Der Villenhof.

Roman
von
Fritz Mauthner.

So war man schon in die Nähe des Hauses gekommen, wo er sich nach dem Ziele der gegenwärtigen Unternehmung erkundigen konnte. In fliegender Eile teilten ihm die Damen mit, daß eine schwerkranke Stickerin sich geweigert habe, sich auf Kosten des Tabor verpflegen zu lassen. Durcheinander erzählten sie von dem Elend, welches das schwere Leiden über die Arbeiterin gebracht haben mußte. Kreischa stutzte, als zum erstenmal die jüdische Abstammung der Person erwähnt wurde; er beruhigte er sich rasch wieder, als er auf seine leichte Frage von den schönen Jüdinnenaugen die Antwort erhielt, ihm würden diese entzündeten Lider nicht gefährlich werden. Doch wurde es ihm wieder unbehaglich zu Mute, als er seinen Begleiterinnen aus dem Wagen geholfen hatte und auf dem erleuchteten Flur ahnungsvoll die bunten Scheiben des Treppenhauses anstarrte. In dieses Haus hatte ihn schon vor Jahren eine unangenehme Geschichte geführt, wenn er sich auch an nichts Bestimmtes erinnern konnte; er liebte es niemals, auf die Schauplätze seiner Taten zurück zu achten und folgte den Damen darum nur zögernd durch die kleine Nebentür auf den stillen Hof. Hier aber erkannte er plötzlich die Silhouette der Umfassungsmauer und das Muster des großen Butzenscheibenfensters, das nur von innen beleuchtet war. Mit einem leisen Fluche blieb er stehen und fragte mit zorniger Stimme, es wäre ihm ein schweres Unrecht widerfahren:

„Wohnt hier nicht Frau Müller? Nicht wahr, die ist doch die Sie suchen?"

Oben im vierten Stockwerk ertönte ein markerschütternder Schrei und gleich darauf flog aus dem matterleuchteten Fenster ein Schatten heraus. Bevor die Damen des Tabor noch begriffen hatten, was vorging, und bevor noch die erschrockenen Hausbewohner an ihre Fenster stürzen konnten, erscholl ein kurzer Schlag und ein dumpfer Fall auf dem Pflaster des Hofes.

Dann wurde plötzlich alles für eine Weile still, bis aus allen Räumen des Hauses zu gleicher Zeit der Lärm von Hilferufen, lauten Fragen und Antworten und von eilenden Tritten erscholl.

Kreischa und seine Damen standen noch immer wie betäubt neben der leblosen Masse, die vor ihnen auf den Steinen lag und von der ein glänzender schwarzer Fleck über die grauen Steine gegen ihre Füße hinzuströmen begann, als die deutlichen Rufe: „Sie hat sich aus dem Fenster gestürzt! Die jüdische Stickerin!" sie wieder zu sich brachte.

„Fort, nur fort!" flüsterte Kreischa heiser und klammerte sich zitternd am Arme der Präsidentin fest. Mitten durch die Dienstmädchen und Offiziersburschen, welche, allen anderen Hausgenossen voran, herzugestürzt kamen, entflohen die beiden, ohne sich auch nur nach der Geheimrätin umzusehen, welche ihr Entsetzen überwand, um eine Aufklärung über das schauervolle Ende ihres Rettungsversuchs zu erhalten und um zu helfen, wenn Hilfe noch möglich war.

Sie brauchte nur an ihrem Platze stehen zu bleiben, um alles zu erfahren, was sie anging. Dichter und immer dichter schlossen Männer und Frauen, Herren und Diener, die Hausgenossen und die zufällig am Haustore Vorübergehenden einen engen Kreis um die Leiche der Selbstmörderin. Ohne Rücksicht auf ihre sonstige Stellung zu einander, drängte eines das andere beiseite und jedes versuchte, das Bild dieses armen zerschmetterten Körpers für immer in sich aufzunehmen. Aus den Wohnungen zur ebenen Erde wurden Petroleumlampen herbeigeschafft, welche die Blutlache um das unkenntlich gewordene Weib grell beleuchteten.

Die Umstehenden beschäftigten sich zuerst mit der Frage, ob Frau Müller tot sei oder nicht. Die Beherzten faßten den Körper an und erklärten sofort, daß das Leben bereits entflohen war; ihr Urteil wurde von zwei Aerzten, die im Hause wohnten, nicht ohne Wichtigtuerei bestätigt. Dann ging's an ein Erzählen. Jedermann wollte der erste gewesen sein, der einen Selbstmord vorausgesehen hatte, weil die arme Frau niemals ganz richtig im Kopfe war, jedermann wollte den Sturz aus dem Fenster genau beobachtet haben und schilderte selbstgefällig seinen ersten Schrecken.

Aber auch die letzten Stunden der Toten kamen zu ihrem Rechte; was sie heute gegessen hatte, wurde umständlich festgestellt, und was sie heute alles mit ihren Nachbarinnen gesprochen haben sollte, wurde immer wortreicher wiederholt. So viel jedoch ergab sich deutlich aus allen Berichten, daß Frau Müller seit heute mittag trotz ihrer heftigen Schmerzen ruhelos bald da, bald dort saß, ihre Stricknadel ruhen ließ und selbst durch den Besuch der Kinder ihre Tränen nicht aufhalten ließ, daß sie dann gegen Abend nach dem Besuche von zwei vornehmen Damen plötzlich irrsinnig geworden sei. Denn sie habe die Flurnachbarn händeringend gebeten, sie zu schützen und keine fremden Menschen hereinzulassen; sie habe sich durch nichts beruhigen lassen, aber nicht gesagt, wodurch sie eigentlich so in Angst gesetzt wurde. Nur ein kleines Mädchen hielt schließlich bei ihr aus, wußte aber nichts auszusagen, als daß Tante Müller plötzlich nach dem Hofe gelauscht habe, wo jemand nach ihr fragte, und daß sie dann, ohne ein Wort zu sprechen und nur mit einem furchtbaren Schrei aufs Fenster zugeeilt sei. Das Kind hätte die Augen geschlossen, um nichts mehr sehen zu müssen.

Ein vorlautes Dienstmädchen wollte in dem Herrn, der nach Frau Müller gefragt und sich dann so eilig entfernt hatte, denselben Mann wiedererkannt haben, der bis vor zwei Jahren die jüdische Stickerin zu besuchen pflegte. Kein Mensch aber glaubte an diese romantische Geschichte, und es entspann sich zwischen dem Mädchen und den Burschen ein heftiger Streit, der plötzlich wieder endete, als zwei Schutzleute auf dem Hofe erschienen und vor allem sich bemühten, den Menschenhaufen zu zerstreuen. Zu den ersten, welche der Aufforderung der Beamten nachkamen, gehörte die Geheimrätin.

Zwei Tage später fand sie in ihrer Zeitung einige trockene Zeilen, welche über den Selbstmord einer Stickerin berichteten. Der Name des Weibes und die Gründe ihrer Tat waren unbekannt. Der Name Müller und alle anderen Angaben ihrer Meldung schienen gefälscht zu sein; in ihrer Hinterlassenschaft fand sich kein Blatt, das über ihre Person Auskunft gab. Und der Tabor konnte nicht einmal erfahren, ob die jüdische Stickerin wenigstens getauft war und Anspruch auf ein christliches Begräbnis hatte.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040406/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

…rdentliche sozialdemokratische Parteitag. Wir erhalten darüber folgenden Bericht:

Z. Luzern, 4. April.

Der schweizerische Gewerkschaftskongreß fand gestern im Großrats-Landtags-Saale statt. Auf den weichgepolsterten, lederüberzogenen Armsesseln, auf denen sich sonst die Vertreter der bürgerlichen Parteien ausruhten, saßen die Vertreter des gewerkschaftlich organisierten Proletariats.

Der Kongreß war von 324 Delegierten aus allen Teilen des Landes besucht, die 29 Verbände und 21 Arbeiterunionen vertraten. Als Präsident wurde Reimann-Biel, Adjunkt des schweizerischen Arbeitersekretariats, gewählt. Ohne längere Debatten wurden die Tätigkeits- und Kassenberichte des Bundeskomitees sowie der Bericht der Beschwerdekommission genehmigt. Der Antrag des Bundeskomitees auf Einführung des Obligatoriums der Arbeiterstimme für die Mitglieder der Sektionsvorstände wurde abgelehnt und zwar im Hinblick auf die lokale Arbeiterpresse.

Längere Diskussion, an der sich zahlreiche Redner beteiligten, veranlaßte der Antrag der Lausanner Gewerkschaften, in der welschen Schweiz einen Sekretär für den Gewerkschaftsbund anzustellen. Wären die Mittel dazu vorhanden, würde der Wunsch gerne erfüllt werden. Auch für die italienischen Arbeiter im Kanton Tessin wäre ein besonderer Sekretär notwendig. Wegen Mangels an Mitteln konnte bisher noch nicht einmal der vor anderthalb Jahren gefaßte Beschluß, betreffend die Anstellung einer Sekretärin, ausgeführt werden. Für die baldigste Ausführung dieses Beschlusses trat mit lebhaften und eindrucksvollen Worten die Genossin Billinger-Zürich ein, die sich von der Wirksamkeit einer solchen unter den hunderttausenden Fabrik- und Gewerbearbeiterinnen eine kräftige Förderung ihrer Organisation verspricht. In gleicher Weise äußerte sich die Genossin Frau Conzett-Zürich. Von anderer Seite wurde auf die Tätigkeit der katholischen Agitatoren unter den Arbeiterinnen hingewiesen, für die sie bereits mehrere Vereine gegründet haben; demjenigen in St. Gallen sollen 2000 Mitglieder angehören. Die Anstellung eines besonderen Sekretärs für die französische Schweiz durch den Gewerkschaftsbund wurde mit 140 gegen 47 Stimmen abgelehnt, dagegen einstimmig beschlossen, in der nächsten Zeit eine Sekretärin anzustellen. Annahme fand schließlich auch noch der Antrag, dem Verlangen der Gewerkschaften in der französischen Schweiz durch den Gewerkschaftsbund zu entsprechen, sobald die Mittel dazu vorhanden sind.

Damit war die Vormittagssitzung beendet. In der Nachmittagssitzung begründete Genosse Greulich das vorgeschlagene Uebereinkommen zwischen dem Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes und dem christlichen Gewerkschaftskartell in St. Gallen. Er erinnerte an die Beschlüsse des 1902 in Bern stattgefundenen Arbeitertages, wonach die Katholiken keine christlichen Gewerkschaften mehr gründen und die bestehenden auflösen sollten. Die Vertreter der Katholiken im Arbeiterbund bemühten sich, den Beschluß durchzuführen, allein unter den Katholiken gibt es eine Klassenkampfströmung, die die Gründung der Gewerkschaften zur Folge hatte und dagegen vorzugehen, so erklärten die katholischen Vertreter, hätten sie keine Mittel. Der Hauptsitz dieser Bewegung ist St. Gallen, wo der katholische Professor Jung die Gründung konfessioneller Gewerkschaften betreibt. In unseren Kreisen wird leider die religiöse Neutralität auch noch immer nicht gehalten, katholische Arbeiter beschweren sich darüber, daß sie in Gewerkschaften ihrer Religion wegen verspottet worden seien. In der Sache selbst war an ein Aufgeben der katholischen Gewerkschaften in unseren Verbänden nicht zu denken. Unter diesen Umständen richtete der Ausschuß des Arbeiterbundes an die demselben gehörenden katholischen Organisationen ein Schreiben, in dem die Notwendigkeit der Regelung der Gewerkschaftsfrage betont wurde, denn andernfalls stünde der Austritt des Gewerkschaftsbundes aus dem Arbeiterbunde zu befürchten, der aber ohne jenen nur noch eine bloße Farce wäre. Es wurde sodann in dem Schreiben der Vorschlag gemacht, daß die christlichen Gewerkschaften sich ihren Berufsverbanden und durch diese dem Gewerkschaftsbund anschließen sollten. Professor Beck in Freiburg war damit einverstanden, und er erklärte, nie für die Gründung konfessioneller, sondern nur für die neutraler Gewerkschaften einzutreten. Allein die Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärten, nur als ein Ganzes durch das christliche Gewerkschaftskartell sich dem Gewerkschaftsbund anzuschließen. So kam dann das vorliegende Uebereinkommen zu stande, nach dem das Kartell einen Jahresbeitrag von 1500 Franken an den Gewerkschaftsbund leisten, sich den Statuten unterwerfen und seine Mitglieder anhalten soll, bei Lohn- und Streikbewegungen mit den Berufsgenossen der anderen Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen. Andrerseits soll das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes seine Verbände und Sektionen zu einem freundlichen Verhältnisse zu den christlichen Gewerkschaften und zu gemeinsamem Vorgehen in allen Fragen der Arbeitsverhältnisse anhalten.

An der Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, beteiligten sich 17 Redner, von denen 14 das vorgeschlagene Uebereinkommen bekämpften und nur 3 es befürworteten. Von den Gegnern wurde u. a. darauf hingewiesen, daß die ganze Neutralitätsbewegung nur zur Folge hatte, daß die freien Gewerkschaften parteipolitische Neutralität üben, die christlichen Gewerkschaften aber weder religiöse noch parteipolitische Neutralität. Bestritten wurde, daß die christlichen Gewerkschaften eine Klassenkampfsbewegung seien, sie sind vielmehr Schutzwälle gegen die freie, klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung. Es werden nicht christliche Gewerkschaften, wo wir nicht hinkommen können, gegründet, sondern nur da, wo die freien Gewerkschaften Fuß gefaßt haben und die Arbeiterschaft zerrissen und schwer geschädigt. Den Mitgliedern des christlichen Gewerkschaftskartells wurde in St. Gallen das vorgeschlagene Uebereinkommen dadurch mundgerecht gemacht, daß gesagt wurde, vom politischen Standpunkte aus sei es gut. Nicht die christlichen Arbeiter haben das Bedürfnis nach konfessionellen Gewerkschaften und nicht sie haben solche gegründet, sondern die katholischen Parteiführer und die Geistlichen sind die Gründer. Einer der Hauptgründer der katholischen Gewerkschaften, Professor Jung in St. Gallen, hat erklärt, wenn diese Organisationen durch die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsbund stark geworden sind, können sie wieder austreten.

Von den Freunden des Uebereinkommens wurde es als der einzige Weg bezeichnet, die Schädlichkeit der christlichen Gewerkschaften zu paralysieren und ein geordnetes Zusammenwirken zu ermöglichen.

In seinem Schlußworte gab es Greulich auf, den Kongreß noch für das Uebereinkommen zu gewinnen. Er verwahrte sich nur gegen den in der Diskussion erhobenen Vorwurf der Unaufrichtigkeit.

In der Abstimmung fiel für das Uebereinkommen keine einzige Stimme. Für Uebergang zur Tagesordnung stimmten 37, für eine nochmalige Unterhandlung mit dem christlichen Gewerkschaftskartell 19. Dagegen wurde mit 147 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die beantragte Vereinbarung zwischen dem schweizerischen Gewerkschaftsbunde und dem christlichen Gewerkschaftskartell ist gänzlich abzulehnen. Die katholischen Soziologen werden aufgefordert, ihrem anläßlich des Luzerner Arbeitertages gegebenen Versprechen, betreffend die Unterlassung der Neugründung von konfessionellen Gewerkschaften, nachzukommen, eventuell sollen dieselben aufgelöst und ihre Mitglieder bewogen werden, sich den bestehenden Berufsorganisationen anzuschließen. Falls die genannten Soziologen dieser Aufforderung nicht nachkommen, behält sich der schweizerische Gewerkschaftsbund weitere Schritte vor und ist das Bundeskomitee beauftragt, den Verbänden und Sektionen Vorschläge zu unterbreiten, das unhaltbare Verhältnis im schweizerischen Arbeiterbund anderweitig zu regeln.

Als Vorort wurde Bern bestätigt. In einer Resolution wird die Anstellung von Fabrikinspektorinnen verlangt. Präsident Reimann schloß den Kongreß mit den besten Wünschen für das weitere Gedeihen der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Heute folgte der außerordentliche Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie, der im Löwengarten tagte. Genosse Reimann, der Präsident der Geschäftsleitungskommission, eröffnete ihn um 10 Uhr. In längeren Ausführungen besprach er das Zustandekommen der 20 Millionen-Initiative zur Einschränkung der Militärausgaben auf dem Oltener Parteitage und ihre weitere Behandlung durch die verschiedenen Parteiinstanzen. Es wurde fast von allen Seiten die 20 Millionen-Initiative für unzweckmäßig erklärt, eine neue Initiative mit 7 Franken pro Einwohner und Jahr formuliert und beschlossen und zur Beschlußfassung darüber der außerordentliche Parteitag einberufen.

Der eigentliche Referent, Genosse Müller-Bern, begründete die neue Initiative, nach der die Dauer der Rekrutenschulen verlängert und die spätere Dienstzeit verkürzt werden soll, um den älteren Bürger und Familienvater zu schonen und zu entlasten. Der Hauptteil der Dienstleistungen soll auf die Jahre von 20. bis 25. Jahre verlegt werden. Ferner soll der tägliche Sold des Soldaten von 80 Zentimes auf 1 Franken erhöht und für die Familien der Diensttuenden Fürsorge getroffen werden. Endlich sollen die Divisionskommandanten, die ihren verantwortungsvollen Posten heute im Ehrenamt und neben ihren bürgerlichen Berufen bekleiden und daher vielfach Dilettanten sind, fest angestellt und besoldet und die Gesamtausgaben für das Militärwesen durch die Beschränkung auf 7 Franken pro Einwohner vermindert werden.

An das beifällig aufgenommene Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der zunächst der Antrag der Züricher Arbeiterunion, nun auf jede Initiative zu verzichten, begründet wurde. Eine Reihe anderer Redner waren derselben Meinung, wobei auch betont wurde, daß die Oltener Initiative betreffend Beschränkung der Militärausgaben auf 20 Millionen Franken ihren Einfluß auf die Frage der Militärreorganisation gehabt hat, also nicht umsonst war. Bei der weitern Behandlung der Militärreorganisation sollen die sozialdemokratischen Vertreter im Nationalrat entschieden die Arbeiterinteressen vertreten und kommt nichts Rechtes zu stande; so soll dagegen sofort das Referendum ergriffen werden.

Naine-Chauxdefonds kritisiert scharf die Parteileitung wegen der Nichtausführung des Oltener Initiativbeschlusses und verurteilte den ganzen Militarismus, für den gar keine Ausgaben gemacht werden sollten. Dr. Brüstlein betonte demgegenüber die derzeitige Unausführbarkeit der Naineschen Forderungen. Lottmann-Zürich wandte sich ebenfalls gegen den Militarismus, für den sich zu begeistern die Arbeiter keine Ursache haben. Im übrigen meint er, soll von jeder Initiative heute abgesehen werden. Nachdem noch eine weitere Anzahl Redner, worunter Dr. Studer, Rapin-Lausanne, Hof-Genf, im Sinne des Verzichts auf die Aufstellung einer Initiative ihre Ansichten dargelegt haben, wird mit 119 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Der Parteitag in Luzern hält an den vom Parteitag in Olten aufgestellten Grundsätzen bezüglich unseres Heerwesens vollkommen fest und verlangt also eine erhebliche Reduktion der militärischen Ausgaben: Die Volksentscheidung über außerordentliche Ausgaben von über einer Million, das Verbot der Verwendung von Truppen bei Streiks, die Besserstellung des Wehrmanns in militärischer und ökonomischer Beziehung, die Abschaffung der Militärjustiz. Er erklärt es für Pflicht der Partei, mit allen Mitteln für dieses Postulat zu kämpfen. Aus taktischen Gründen aber sieht er vorläufig von der Ergreifung einer Initiative ab. Er beauftragt das Parteikomitee, die Frage der Revision der Militärorganisation im Sinne der Thesen Rapin-Müller, gründlich zu prüfen und auf den nächsten Parteitag bestimmte Postulate zur Beachtung und Entscheidung zustellen, diese Anträge so rechtzeitig zu veröffentlichen, daß bis zum nächsten Parteitag genügende Zeit zur ausgibigen Diskussion in den Sektionen und in der Parteipresse bleibt.

Eine lebhafte Debatte gab es schließlich noch über die Frage, ob dem Parteikomitee wegen der Nichtausführung des Oltener Beschlusses betreffend die 20 Millionen-Initiative, ein Tadelsvotum erteilt werden soll. Namentlich die Delegierten aus der französischen Schweiz forderten entschieden einen Tadel. Schließlich fand eine Resolution Annahme, welche ausdrücklich einen Tadel ablehnt, aber die Erwartung ausspricht, daß die Parteileitung in Zukunft die Beschlüsse der Parteitage prompt ausführt.

Vom Parteitag der belgischen Sozialdemokratie und vom internationalen sozialistischen Sekretariat in Brüssel waren Begrüßungstelegramme eingelaufen.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. April. Die polnischen parlamentarischen Fraktionen wollen, wie polnische Blätter mitteilen, bald nach Ostern eine Abwehraktion zu den neuen Erlassen des Justizministers in Sachen der Schreibweise der polnischen Namen in Szene setzen.

— Der erste Schwerverwundete aus dem Herero-Krieg, Oberleutnant Griesbach, ist in Hamburg eingetroffen und in das Altonaer Garnisonlazarett übergeführt worden. Der Zustand Griesbachs, dessen Verwundung aus dem Entsatzkampf vor Omaruru stammt, ist nicht unbedenklich.

— Die in der Presse aufgetauchte Meldung, Samuel Maharero, der Führer des jetzigen Hereroaufstandes, sei Ehrenmitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft, wird im Organ der Deutschen Kolonialgesellschaft als „selbstverständlich nicht zutreffend" bezeichnet. Der Oberhäuptling stehe nicht auf der Liste der Ehrenmitglieder und habe nie darauf gestanden.

— Die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen haben nach der Magdeb. Ztg. am Donnerstag in Brüssel im Ministerium des Aeußern begonnen.

Antisemitischer Schwindel. Genosse Bebel hat der antisemitischen Staatsbürger-Zeitung folgende „Richtigstellung" zugesandt:

Die Nr. 74A der Staatsbürger-Zeitung vom Montag den 28. März, die mir erst jetzt zu Gesicht kommt, enthält in ihrem Leitartikel über den Ausfall der Zschopauer Wahl u. a. folgende Bemerkungen in bezug auf mich:

„Am Abende vor seiner Ankunft lief im Hotel Gerichtsschenke ein Telegramm folgenden Inhalts ein: „Bitte die drei besten Zimmer für mich zu reservieren. Bebel." Die drei Zimmer wurden reserviert und Bebel hat in ihnen residiert wie ein Fürst."

Diese Angaben sind von A bis Z erlogen. Die Wahrheit ist: Freunde von mir ließen ein einfaches Zimmer für mich reservieren, das ich mit dem üblichen Preise bezahlte.

A. Bebel.

Aehnliche Lügen und Fälschungen, wie die hier von Genosse Bebel berichtigten, enthält der Artikel der Staatsbürger-Zeitung noch mehrere. Die Wahlvorgänge im Zschopauer Wahlkreis haben wieder einmal die alte Wahrheit bestätigt, daß es eine gemeinere und verlogenere Partei, als die antisemitische ist, nicht gibt.

Es braucht nicht erst bemerkt zu werden, daß die Dresdner Deutsche Wacht die Lüge über Bebel auch gebracht hat. Ob sie jetzt so anständig sein wird, von der Erklärung Bebels Notiz zu nehmen?

Vom Hereroaufstand. Aus dem Biwak bei Owikokorero wird telegraphiert: Bei der geringen Anzahl Berittener war es ausgeschlossen, die Spuren der flüchtigen Rebellen zu verfolgen. Gefangene Hereroweiber sagten aus, Kapitän Tetjo habe in dem Gefecht bei Owikokorero vom 13. März zwei Söhne verloren, außerdem 12 Tote und 13 Verwundete gehabt.

Der Korrespondent des Berl. Lokalanzeigers meldet aus Owikokorero: Seit drei Tagen befindet sich das Detachement Glasenapp hier. Wir passierten auf dem Marsche das Gefechtsfeld vom 13. März, errichteten auf den Gräbern der Gefallenen Kreuze und schmückten sie mit Kränzen. Die inmitten sehr schwer zugänglicher Dorngebüsche gelegenen Hererowerften fanden wir vollständig verlassen. Eine hinter Owikokorero liegende Bergspitze wurde unverzüglich von der Kompagnie des Grafen Brockdorff besetzt und telephonisch mit dem Biwakplatz verbunden. Wir marschieren morgen nach Otjeikonolo, das etwa 70 Kilometer nordwestlich von Okahandja liegt.

Zur Verstärkung der Schutztruppe im Aufstandsgebiet … geht heute von Berlin ein Transport von 26 Offizieren … 350 Mann ab. Von Hamburg aus erfolgt die Ausreise … Swakopmund auf dem Dampfer Lucie Woermann.

Die Nationalliberalen gegen Ausnahmegesetze. Die … nallib. Korrespondenz versichert in einer Polemik gegen die …-Zeitung, die ganze nationalliberale Partei stehe auf dem …punkte, dem jüngst der Abg. Dr. Krause in Magdeburg Ausdruck gegeben hat, daß Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie nicht zugestimmt werden könne.

Das ist ja recht erfreulich. Aber ob die Natl. Korresp. wirklich für die Nationalliberalen garantieren kann? Und wie lange dann? Bei der Fraktion Drehscheibe … die Ansicht öfter und plötzlich.

Die Opfer des Russenkurses. In einer Korrespondenz des Vorwärts aus Königsberg wird daran erinnert, daß die Opfer des Geheimbunds- und Hochverratsverfahrens, die Genossen Braun, Nowagrotzki, Treptau, Kugel und Klein, … immer in Untersuchungshaft sitzen. Fünf Monate dauern … bereits und noch immer ist keine Anklage erhoben. Die … hafteten haben alle mehr oder minder an der Gesundheit gelitten. Und noch immer scheint keine Aussicht auf eine baldige Entscheidung über ihr Schicksal zu bestehen: Es lebe der Zar!

Der Kampf gegen die Germanisation. Das polnische Blatt Gornoslazak veröffentlicht eine neue Erklärung, in der es die Behauptung, daß die oberschlesischen Geistlichen seit … 15 Jahren bei der Bewerbung um Pfarreien vor den staatlichen Behörden sich einer Prüfung bezüglich ihrer politischen Ueberzeugung unterziehen mußten, zurücknimmt.

Frankreich.

Vom großen Streik im Norden. Die Zahl der streikenden Textilarbeiter in Roubaix und Umgegend beläuft sich zurzeit auf 46000. Man befürchtet, daß der Ausstand ein allgemeiner werden … in diesem Falle würde sich die Zahl der Ausständigen auf 100000 Mann belaufen.

Spanien.

Eine gespannte Situation. Aus Madrid wird dem … vom 5. April gemeldet: Der König reiste soeben nach Barcelona ab. Mit lebhafter Spannung sieht man hier dem Verlauf der Reise entgegen. Hier sind Gerüchte im Umlauf, daß der Ministerpräsident Maura bei der morgigen Ankunft in Barcelona ausgepfiffen werden soll.

Bulgarien.

Das Ritualmordmärchen. In Lompalanka drohen seit …abend wegen Ermordung eines jungen Makedoniers antisemitische Exzesse. Die Regierung hat Militär aufgeboten und strengste Vorkehrungen getroffen. Trotz der Erklärung einer ärztlichen Kommission, daß kein Ritualmord vorliege, hetzten die Agitatoren die Bewohner gegen die Juden auf.

Türkei.

Gärung in Monastir. Nach auf den Botschaften in Konstantinopel eingelaufenen Depeschen gärt es in Monastir unter der … lischen Bevölkerung infolge der fortgesetzten Anschläge der … und der Untätigkeit der Zivilagenten derart, daß die Europäer … Häuser nicht zu verlassen wagen und man ernstliche Unruhen in der Stadt befürchtet. Wie erinnerlich, war Monastir und Umgegend … im vorigen Jahre das Zentrum des Aufstandes.

Asien.

Der englischen Tibet-Expedition scheinen schon in nächster Zeit neue Kämpfe bevorzustehen. Die Times meldet aus Tuna, die … gelassenen tibetanischen Gefangenen wollen vielfach nicht in … Heimat zurückkehren. Seitens der Tibetaner wird ein heftiger Widerstand bei Khangma vorbereitet. Es sollen dort 500 Reiter auf gepanzerten Pferden und 7000 Mann Fußtruppen stehen. Der … Dorjiew, der sich in Lhassa befindet, scheint dort einen großen Einfluß auszuüben, er ist Feldzeugmeister und Schatzverwalter des Dalai Lama.

Die Londoner radikalen Blätter fahren fort, die Tibet-Expedition scharf zu kritisieren und kündigen der Regierung eine heftige Preßfehde an.

Der Vizekönig von Indien telegraphierte, die Rekognoszierung am 2. April habe festgestellt, daß 2000 Tibetaner die Gyangtsestraße bei Gram versperrt, jetzt aber auf die Nachricht von der Niederlage bei Guru sich auf Kolatso zurückgezogen hätten. Man glaubt, die Tibetaner würden sich auf Gyangtse zurückziehen.

Der Krieg in Ostasien.

Die Japaner stehen am Jalu, die Russen haben sich — … etwa zurückgezogen, sondern haben ihre Hauptkraft auf dem rechten Ufer des Jalu konzentriert, wie die russischen Meldungen sich sehr … klingend ausdrücken. Sonst liegt kaum etwas von Bedeutung vor.

Die Japaner.

London, 5. April. Ueber den japanischen Feldzugsplan melden Schanghaier Depeschen, daß drei japanische Armeen, jede 100000 Mann stark, gleichzeitig einen Vorstoß machen werden. Die erste Armee … in Nordwestkorea gelandet, habe dort festen Fuß gefaßt und werde wahrscheinlich eine Umgehungsbewegung machen, um die russischen Streitkräfte in Nordwestkorea abzuschneiden. Die zweite Armee werde an einem Punkte der Mandschureiküste westlich der Jalumündung landen, während die dritte Armee versuchen werde, unweit … Niutschwang zu landen.

London, 5. April. Dem Reuterschen Bureau wird aus Söul vom 1. d. M. gemeldet: Die erste japanische Armee, bestehend aus der kaiserlichen Garde, der 2. und der 12. Division, die in Antschu konzentriert ist, rückt jetzt auf drei Straßen nach Widschu vor. Die Pferde, deren jede Division 5200 hat, sind in schlechter Verfassung und … jedes Pferd geführt werden muß, muß eine gleiche Anzahl Mannschaften von dem jetzigen Effektivbestande in Abrechnung gebracht werden. Die Truppen leiden viel an erfrorenen Füßen. — Die Russen … überschätzen die Stärke der japanischen Streitkräfte im Norden … Korea und ziehen sich deshalb zurück, ohne die natürlichen Vorteile des Landes auszunutzen. — Die Japaner befestigen Fusan und die … Küste, um Masampho verteidigen und die Straße von Korea beherrschen zu können.

Die Russen.

Petersburg, 6. April. Ein aus der Südmandschurei nach Port Arthur zurückgekehrter Berichterstatter der Russie telegraphiert, daß er dort die erfreulichsten Eindrücke gewonnen habe. Die Truppen brennen vor Begierde, zu kämpfen. Alle Schichten der eingeborenen Bevölkerung … Einschluß der Handelskreise sind russenfreundlich und vertrauen den russischen Waffen. Die aus der chinesischen Bevölkerung gebildeten Freischaren sehen vortrefflich aus und zeigen die Farben der russischen Nationalflagge. Die Bahn ist vorzüglich bewacht und der Verkehr bestens geregelt. Die Witterung ist warm und trocken, so daß die Flüsse beginnen, eisfrei zu werden.

London, 5. April. Der Petersburger Korrespondent des Standard erfährt von dem russischen Minister, Fürsten Chilkow, daß … Bahn um den Baikalsee jetzt bis Kultuk an der südwestlichen Seite des Sees fertiggestellt sei und im August ganz vollendet sein werde.

Der Kampf der Aerzte gegen die Krankenkassen.

Der Kampf in Leipzig wird jetzt von beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt. Die Aerzte wollen sogar selbst die Hülfe verweigern, zu der sie das Gesetz …

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040406/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kassenvorstand hat an die Hebammen ein Rundschreiben gerichtet, in dem ihnen anempfohlen wird, bei plötzlichen Erkrankungsfällen und dringlichen Nachtbesuchen sich, wenn der Kassenarzt nicht zu erreichen ist, einfach an die nächste Polizeiwache zu wenden, weil jeder Arzt in solchen Fällen Hilfe nach Ziffer 10 des Strafgesetzbuchs leisten müßte. Die Aerzte haben nun behaupten, daß es sich in dem angezogenen Paragraphen nicht um ärztliche Hilfe handle und die Polizei nicht befugt sei, die Aerzte zur Hilfeleistung zu zwingen.

Für den Fall, daß die Generalversammlung die Aufhebung der Familienbehandlung beschließt, wollen die streikenden Aerzte auch diese, die dann doch für sie Privatpatienten sind, nicht behandeln.

Im übrigen ist es sehr angebracht, die von den Aerzten der bürgerliche Presse gebrachten Tataren-Nachrichten sehr vorsichtig aufzunehmen und nicht alles zu glauben, was von unzulänglicher Hilfe, unfähigen Aerzten usw. usw. geschrieben wird.

* * *

Ein hohes Konzilium. Unter Vorsitz des Ministers Nagel hat gestern im Ministerium des Innern unter Beteiligung der Abteilungsvorständen und Räten des Ministeriums, ferner des Bürgermeisters v. Ehrenstein zu Leipzig, des stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrate Geh. Rates Dr. Fischer von Berlin, des Präsidenten des Landesmedizinalkollegiums Dr. Buschbeck und der ärztlichen Berater des Ministeriums des Innern und der Kreishauptmannschaft Leipzig Geh. Medizinalräte Dr. Renk und Dr. Hofmann eine eingehende Besprechung und Beratung über den Streit der Aerzte mit der Leipziger Ortskrankenkasse, dessen Ursachen und Entwicklung, die in der Angelegenheit einzunehmende Stellung der Regierung, sowie die im weiteren Verlaufe der Sache nach Befinden zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden. Der hierbei erfolgte Meinungsaustausch hat zu allem Einverständnis über die besprochenen Punkte geführt.

Irgend welche näheren Mitteilungen über die Richtung, nach der hin das „volle Einverständnis" erzielt worden ist, werden nicht gemacht.

Siebente General-Versammlung des Verbandes der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

s. **Hannover**, 3. April 1904.

Nachdem am Schlusse der Sonnabendsitzung der Verbandsleitung einstimmig Decharge erteilt worden, beschäftigte sich die Generalversammlung heute mit den Fragen der Gaueinteilung, der Anstellung von Gauleitern und der Erhöhung der Beiträge. Referent war Schätzig-Landeshut, Korreferent Last-Berlin. In der Diskussion wurde auch die Notwendigkeit der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung von verschiedenen Seiten in den Vordergrund gerückt. Die Beitragserhöhung wurde von vielen Rednern und auch von Seiten der Generalkommission als Ehrensache den übrigen Organisationen gegenüber bezeichnet, die gelegentlich des Crimmitschauer Streiks um der Textilarbeiter willen Extrasteuern von ihren Mitgliedern erhoben. Nur wenige Delegierte aus Sachsen, Schlesien, Berlin und Umgegend waren gegen die Gaueinteilung, weil sie die Beitragserhöhung bedingen, für die ein großer Teil der Mitglieder nicht zu haben sein und auch die Agitation unter den, dem Verbande noch fernstehenden großen Teile der Berufsangehörigen wesentlich erschwert werden würde. Andererseits erwartet man aber von den Gegnern eine viel intensivere Agitation, als sie jetzt die Agitationskosten entfalten konnten und will angesichts des Zusammenschlusses des Unternehmertums durch Erhöhung der Beiträge den Verband kampffähiger machen. Die schlesischen Delegierten begründen ihre gegnerische Haltung mit der überaus traurigen Lage, in der sich die Weber in Schlesien befinden. Seit Gerhart Hauptmann sein Lied Die Weber geschrieben, sei es dort nicht besser, sondern noch schlimmer geworden. Dem wird aber entgegengehalten, daß sich auch im Westen, besonders am Niederrhein, schlesische Zustände einbürgern würden, wenn die Organisation nicht so leistungsfähig gestaltet wird, daß die Unternehmer mit ihr rechnen müssen.

Die Debatte war sehr erschöpfend und füllte auch noch die Nachmittagssitzung des dritten Verhandlungstages aus, bis endlich, trotzdem noch 24 Redner sich gemeldet hatten, die Debatte geschlossen wurde. Referent Krätzig empfahl in seinem Schlußworte, sich die schlesischen Kollegen zum Muster zu nehmen und die Organisation so kampffähig zu machen, daß die Unternehmer es vorziehen, mit dem Verbande zu verhandeln, statt mit ihnen zu kämpfen. Auch der Korreferent trat schließlich für Erhöhung der Beiträge ein.

In namentlicher Abstimmung beschloß die Generalversammlung mit 93 gegen 54 Stimmen (36 407 gegen 21 951 Mitglieder), die Beiträge der männlichen Mitglieder von 20 auf 30 Pf. pro Woche zu erhöhen, die Beiträge der weiblichen Mitglieder aber bei 20 Pf. zu belassen. Der Gaueinteilung wurde im Prinzip zugestimmt. Gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll eine Urabstimmung vorgenommen werden. Erklärt die Mehrheit der Mitglieder sich dafür, dann soll die nächste Generalversammlung das Nähere beschließen. — Der Vorstand wurde ermächtigt, in dringenden Fällen Extrasteuern zu erheben.

Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu ermächtigen, dort, wo die Verhältnisse es erfordern im Verein mit den Agitationskomitees besoldete Gauleiter mit 1600 M. Anfangsgehalt anzustellen, wurde mit 86 (47 200 Mitglieder) gegen 32 Stimmen (10 928 Mitglieder) angenommen. — Für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung hatten 113 Delegierte mit 57 243 Mitgliedern gestimmt, dagegen 43 Delegierte mit 1165 Mitgliedern. — Die Beitragserhöhung soll am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Der Vorstand wurde beauftragt, eine intensive Agitation in die Wege zu leiten, um die Mitglieder über die dringende Notwendigkeit der beschlossenen Beitragserhöhung aufzuklären.

Am 4. Verhandlungstage wurden die Anträge, die sich auf die Preise, den weiteren Ausbau der Krankenunterstützung, die Einführung von Arbeitsnachweisen, Statutenänderung usw. beziehen, in Angriff genommen. Die das Statut betreffenden Anträge wurden dem Vorstande zur Erledigung überwiesen, der auch beauftragt wurde, zur Einführung von Arbeitsnachweisen geeignete Maßnahmen zu treffen. Anträge, den „Textilarbeiter" in Regie des Verbandes zu übernehmen, wurde abgelehnt. Die Verbandsbeamten Hübsch, Treue und Rössel werden wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet 1906 in Mühlhausen i. Th. statt. Die weiteren Beschlüsse waren mehr geschäftlicher Natur.

Maschinisten- und Heizer-Kongreß.

x. **Halle**, 3. April.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung wird nach einem Vortrage von Hessel-Leipzig auf dem Wege der Gesetzgebung in einer Resolution das Verbot von Nebenarbeiten von Maschinisten und Heizern während des Betriebes außerhalb des Kessel- und Maschinenraumes verlangt, da während dessen Dampfkessel oder Betriebsmaschinen ohne fachmännische Aufsicht sind. Begründend wird auf unzählige Unfälle in Fabrikbetrieben hingewiesen. Es sei nicht angängig, daß die Heizer Arbeit mit Stiefelputzen und Küchenbedienungen beschäftigt werden. In einem Falle, so wird ausgeführt, ist ein Dienstmädchen als Kesselheizer tätig gewesen. Die Kessel- und Maschinenräume sind teilweise die reinsten Pest- und Schwindsuchtshöhlen. Es gibt Unternehmer, die ihre Hunde besser behandeln als die Maschinisten.

Punkt 9 der Tagesordnung: Beschlußfassung über eine staatliche Prüfung für Maschinisten und Heizer, fand nach Referaten von Schubert-Stuttgart und Kirschrick-Berlin durch Annahme einer Resolution, nach der alle Bestrebungen, welche auf Erringung eines Befähigungsnachweises für Maschinisten und Heizer hinzielen, verworfen werden, seine Erledigung. Innungsbestrebungen bieten kein wirksames Heilmittel gegen das Ueberhandnehmen von ungelerntem Betriebspersonal in der heutigen Produktionsweise, sondern fördern vielmehr den Klassendünkel und den Egoismus.

Im Punkt 11 der Tagesordnung wird die Anzeigepflicht der Betriebsunternehmer an die Gewerbe- und Kesselinspektion beim Ausglühen (Deformieren) von Dampfkesselteilen gefordert, um durch amtliche Untersuchungen feststellen zu können, welche Umstände zum Ausglühen des Dampfkessels geführt haben. Die schuldigen Personen sind zur Rechenschaft zu ziehen. Einige Punkte der Tagesordnung wurden vertagt.

Der Vertreter der Generalkommission, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, wendet sich mit einigen ermahnenden und ermunternden Worten an die Kongreßmitglieder. Er sei überrascht gewesen, bemerkt Redner, so eine Fülle von Elend und unzähligen Mißständen auf dem Kongreß kennen zu lernen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird jederzeit die Vertretung der Forderungen der Maschinisten und Heizer im Parlament übernehmen. Obwohl die Forderungen zu bescheiden und zu mäßig sind, bitte er aber die Kongreßteilnehmer, sich in Bezug auf Erfüllung derselben keinen zu großen Hoffnungen hinzugeben. Man sagt allerdings, wir leben im Zeitalter des Dampfes; in Bezug auf soziale Reformen werden wir aber an die Zeit der alten Postkutsche erinnert. Obwohl der Beruf der Maschinisten und Heizer ein sehr verantwortlicher ist und die geschilderten Gefahren auch für das Publikum sehr groß sind, dürfe man nicht verkennen, daß das Unternehmertum den Dingen sehr gleichgültig gegenübersteht. Darum ist es absolut notwendig, auch auf wirtschaftlichem Gebiet rüstig weiter zu arbeiten. (Beifall.)

Der Vertreter des Seemannsverbandes, Müller-Hamburg, bedauert, daß diesem Arbeiterparlament, in dem so grauenhafte Mißstände aufgerollt worden sind, kein Regierungsvertreter beigewohnt habe. Die Herren von der Regierung werden aber trotzdem von den Verhandlungen lernen müssen, und der Kongreß wird auch nicht ohne Einfluß auf die Unternehmer vorübergehen. Deprimierend für die Kollegenschaft sei es aber, daß es in der Organisation noch verschiedene Richtungen gibt. Eine Einheit der Aktion sei dringend notwendig. Redner schließt mit den Worten:

Vorwärts, ob der Feind auch tobt,
Und die Brandung wütend tost,
Von der Ostsee bis zum Rhein
Woll'n ein einig Heer wir sein.

Darauf wurde der Kongreß mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die streikenden Malergehilfen Plauens haben in einer gestern vormittag abgehaltenen Versammlung mit 47 gegen 18 Stimmen beschlossen, den Streik in Anbetracht der ungünstigen Situation aufzuheben. Bedingungen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, sind nicht gestellt worden.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Stukkateure in Magdeburg sollten mit einer Lohnkürzung „beglückt" werden, weshalb die Gehilfen das Gewerbegericht als Einigungsamt anriefen. Bei Glasemann u. Rudolph wurden bereits sämtliche Arbeiter entlassen. — Die Maler sind nun auch in Rendsburg und Büdelsdorf in den Streik eingetreten. Sie fordern 45 Pf. Stundenlohn (bisher hatten sie 40 Pf.). In Spandau ist der Streik beendet. Der Minimallohn ist von 45 auf 55 Pf. erhöht worden; für Anstreicher usw. auf 50 Pf. In Heidelberg ist der Streik ebenfalls beendet zugunsten der Arbeiter. — Die Steinsetzer in Halle fordern 55 Pf. Stundenlohn und 1 M. Zuschlag für Ueberstundenarbeit usw. Die Meister wollen nur 53½ Pf. bewilligen. In Frankfurt fordern sie ebenfalls 55 Pf. und neunstündige Arbeitszeit. Verhandlungen mit der Innung sind im Gange. — Die Tapezierer in München haben ihre Differenzen vor dem Gewerbegericht beigelegt, nachdem ihnen 40 Pf. als Minimallohn und ein 3jähriger Tarif bewilligt worden waren. — Die Schneider in Velbert errangen nach 8tägigem Streik einen Tarif, der bis 1. April 1906 gilt. — Die Vergolder in Berlin streiken bei sämtlichen Ring-Fabrikanten. Der Streik, der 570 Gehilfen umfaßt, ist eine Folge der Differenzen bei Methkow u. Komp., welche Firma arg niedrige Löhne zahlte und die Unzufriedenen maßregelte. Jetzt fordern die 570 Streikenden: Prozentzuschlag, anständige Behandlung, Wiedereinstellung der Gemaßregelten usw. usw. — Die Glasschleifer bei Salomonis in Berlin erhielten durch gütliche Verhandlungen ihre Forderungen bewilligt. — Die Bäcker in Kiel machen täglich Fortschritte: Bereits 153 Gehilfen bei 74 Meistern arbeiten zu neuen Bedingungen. In Berlin ist die Einführung der freien Nacht an dem teilnahmslosen Verhalten des Publikums, das trotz aller Mahnungen am 2. Feiertage kaufte, gescheitert. Die Konditoren beschlossen dort, gleichzeitig mit den Bäckern in die Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern eine Maximalarbeitszeit, 60 Pf. für Ueberstunden, 27 bis 30 M. Minimallohn, Abschaffung von Kost und Logis, dafür Einführung von 12 M. Zuschlag usw. — Die Bergarbeiter im Ruhrkohlenrevier beschlossen, vom Streik abzusehen, da er einen Riesenstreik aller Zechen im Gefolge haben könne. — Die Bauarbeiter in Spandau fordern (für Maurer und Zimmerer) 65 Pf. Stundenlohn (bisher 55 Pf.), 9stündige Arbeitszeit (bisher 10). — In Königsberg ist die Aussperrung perfekt geworden. Am Sonnabend waren 135 Mann ausgesperrt. Und alles wegen 80 Pf. Stundenlohn!

Sächsische Angelegenheiten.

Von der versandeten Wahlreform. Ueber den Stand der Sache wurde vor Ostern berichtet, daß der Vorsitzende der Gesetzgebungsdeputation, Opitz, der ärgste Reaktionär im Landtage, bereits mit der Ausarbeitung des Referats beschäftigt sei. Die Dresdner Zeitung stellt demgegenüber fest, daß in der Deputation bisher nur über den die Erste Kammer betreffenden Teil der Wahlreform verhandelt worden ist. Ueber die Reformvorschläge zur Zweiten Kammer sei überhaupt noch nicht verhandelt worden. Die Wahlreform ist eben versumpft. Die Nationalliberalen werden sich schließlich zufrieden geben, wenn der Industrie nur einige Mandate in der Ersten Kammer eingeräumt werden. Es ist merkwürdig, wie vollständig der Reformeifer der Nationalliberalen umgeschlagen ist.

Glaubenstreue. Prinz Ullrich von Schönburg-Waldenburg, der geschiedene Gatte der Prinzessin von Bourbon, der Tochter des spanischen Kronprätendenten Don Carlos, soll beabsichtigen, wieder aus der katholischen Kirche aus- und in die evangelische Kirche zurückzutreten. Prinz Schönburg ist seinerzeit, als er die reiche bourbonische Prinzessin freite, zur katholischen Kirche übergetreten. Er sollte sich in der Folge als ein sehr frommer Katholik erwiesen haben. Wegen dieses Glaubenswechsels kam es zu einem Zerwürfnis mit seinen Eltern. Nun der Prinz von seiner Gattin geschieden ist, will er wieder zur evangelischen Kirche zurückkehren, um auf diese Weise eine völlige Aussöhnung zwischen Eltern und Sohn herbeizuführen!

x. **Bautzen**, 5. April. Heute nachmittag 1¾ Uhr hat der etwa 50 Jahre alte Arbeiter Georg Lowke seine Frau erstochen. Lowke war stark betrunken, seine Frau ist mit ihm deshalb in Streit geraten, im Verfolg desselben nahm Lowke ein Messer und stach es seiner Frau in die Brust. Der Stich traf in die Herzgegend, so daß die Frau schon kurz vor Eintreffen des baldigst benachrichtigten Polizeiarztes verstarb. Der Täter, Vater von drei erwachsenen Kindern, wurde von der sofort herbeigerufenen Polizei verhaftet und mittelst der sogenannten Polizeikutsche dem Gefängnis zugeführt. Lowke, früher ein solider Mann, war seit einigen Jahren dem Trunke verfallen und hat wegen Mißhandlung seiner Frau schon 1¼ Jahre hinter Kerkermauern verbringen müssen. Die Kunde von dem traurigen Ereignis durcheilte mit Blitzesschnelle die Stadt und die Steinstraße zeigte stundenlang starke Menschenansammlungen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In **Wittgensdorf** wurde am Sonnabend der Geschirrführer Stöckel tödlich überfahren. — Wegen des Verdachts, einen Mordversuch an seinem ¾ Jahre alten Kinde verübt zu haben, wurde der Tischler Grunert in **Reichenbach i. V.** verhaftet. Ein 12jähriges Mädchen hatte den Grunert am Donnerstag mittag in seiner Kammer dabei betroffen, als er sich und dem Kinde einen Strick um den Hals geschlungen und an einem Haken in der Wand befestigt hatte. Das Mädchen hatte schnell den Strick zerschnitten und so die von Grunert anscheinend geplante verbrecherische Tat vereitelt. — Der 35 Jahre alte Bremser Franz Hermann Hofmann aus Paunsdorf wurde am Sonnabend auf dem Dresdner Bahnhofe in **Leipzig** von einer Maschine erfaßt und getötet. — Großes Aufsehen ruft in **Leipzig** ein von dem Lehrer E. an einer seiner Schülerinnen begangenes Sittlichkeitsverbrechen hervor. Er wurde zur Untersuchung seines Geisteszustandes vorläufig in die Irrenanstalt eingeliefert. — Einen Selbstmordversuch beging ein Dienstmädchen in einem Hotel in **Plauen i. V.** Sie trank Spiritus und zündete einen Stoß Holzkohle in ihrem Zimmer an, um sich zu erdrücken. Sie wurde ins Leben zurückgerufen. — In der Papierfabrik in **Göritzhain** verunglückte der Arbeiter Müller dadurch, daß er von der Maschine erfaßt wurde. Der rechte Arm wurde so zugerichtet, daß er amputiert werden mußte. — In der Nacht vom Sonnabend zum ersten Feiertag wurde der Häuer Oswald Geier aus **Gestewitz** auf Grube Viktoria bei Lobstädt durch hereinbrechende Kohlen verschüttet. Der Verunglückte konnte nur als Leiche zutage gefördert werden. Eine Witwe und vier unerzogene Kinder verlieren den Ernährer. — Als der Besitzer des Restaurants Kamerun, Loos in **Finsterau** bei Zöblitz, sich nach Schluß des Betriebes zur Ruhe begeben wollte, wurde er in der Hausflur von Krämpfen befallen. Loos stürzte zu Boden, die brennende Lampe entzündete seine Kleidung, wodurch Loos furchtbare, seinen Tod rasch herbeiführende Brandwunden erlitt. Am anderen Morgen wurde er, schwer verbrannt, als Leiche mit noch glimmenden Resten seiner Kleidung aufgefunden. —

Neues aus aller Welt.

Kiel, 5. April. Die 16jährigen Lehrlinge Sieber und Salan machten am Montag abend eine Lustfahrt im Kriegshafen. Während der Fahrt kenterte das Segelboot, in dem sie sich befanden; beide jungen Leute ertranken.

Grossen a. d. Oder, 5. April. Wie das Grossener Wochenblatt meldet, verunglückte heute früh infolge mangelhafter Hemmvorrichtungen auf dem abschüssigen Stadtberg ein Fuhrwerk aus Trebischow. Eine Frau blieb sofort tot, ein Mann verstarb nach einigen Stunden im Krankenhause. Außerdem wurde ein achtjähriges Kind schwer verletzt.

Köln, 5. April. Eine etwa 20jährige junge Dame und ein junger Herr, die gestern auf der Zwischenstation Scheven den Zug in der Annahme verließen, daß sie bereits ihr Ziel erreicht hätten, stiegen, als sie ihren Irrtum bemerkten, wieder in den bereits fahrenden Zug. Hierbei stürzte die Dame vom Trittbrett und geriet so unglücklich unter den Zug, daß sie an den erlittenen Verletzungen alsbald verstarb.

Wien, 5. April. Der Bruder der entlassenen Choristin Hermine Löbl verübte heute nachmittag auf den Chordirektor der Hofoper, Hubert Wondra, in dessen Wohnung am Opernring ein Revolverattentat. Professor Wondra wurde schwer verletzt, da die Lunge getroffen wurde. Der Attentäter flüchtete. Es scheint ein Racheakt Löbls wegen Entlassung seiner Schwester vorzuliegen.

Grosseto (Italien). Der 16jährige Sohn des Stadtrats Tosini, der noch das Gymnasium besucht, unterhielt ein aussichtsloses Liebesverhältnis mit einer 15jährigen Engländerin Lilia Bonn, die einer ersten Familie angehört. Vorgestern abend wurden die beiden jungen Leute seitens ihrer Familien vermißt und gestern früh fand man sie erschossen auf einer Wiese vor der Stadt. Im Tode hielten sie sich eng umschlungen.

Lawinensturz. Eine Gesellschaft von Touristen beiderlei Geschlechts, die von Sils (Tirol) eine Partie auf den Grinskogel unternahm, wurde am Dienstag bei der Anizhütte von einer Lawine überrascht. Ein Maschinist Müller wurde getötet, während die übrigen unverletzt blieben.

Erdbeben. Heftige Erdstöße sind am Montag und Dienstag auf der Balkanhalbinsel verspürt worden. Die Berichte lauten:

Belgrad, 5. April. Das gestrige Erdbeben bekundete sich in zwei Erdstößen, die zwischen 11 und 11½ Uhr vormittags wahrgenommen wurden. An einzelnen Orten wiederholte sich das Erdbeben nach 1 Uhr nachmittags. Nach den hier eingelaufenen Meldungen wurden die Erdstöße außer in Belgrad noch in Nisch, Ristovac, Vranja, Aleksinac, Prokuplje, Pazarevac, Cuprija, Paracin, Ujice und Pirot verspürt. In Vranja verursachte das Erdbeben großen Schaden; ein Stockwerk der dortigen Kaserne sowie mehrere Häuser sind eingestürzt, zahlreiche Gebäude durch starke Risse beschädigt. Der Einwohnerschaft bemächtigte sich eine Panik; zwei Personen wurden verletzt.

Bukarest, 5. April. Auch in Rumänien war gestern ein Erdbeben zu verzeichnen. In Krajowa wurde das Gerichtsgebäude zerstört. Ebenso sind in anderen Orten Häuser eingestürzt.

Saloniki, 5. April. Gestern abend wurden hier zwischen 11 und 12 Uhr drei langanhaltende Erdstöße verspürt, welche die Bevölkerung in Unruhe versetzten. Mehrere Stationshäuser haben Beschädigungen erlitten.

Elf Neger gelyncht. Ernste Rassenkämpfe, die mit einem allgemeinen Lynchen von Negern schlossen, haben in Dewitt (Arkansas) stattgefunden. Der Streit wurde durch zwei Neger veranlaßt, die bei einem unbedeutenden Anlaß einen Mordangriff auf zwei Weiße machten, wobei der eine Weiße lebensgefährliche Verletzungen erhielt. Die Neger fielen auch einen Polizisten an, der sie zu verhaften versuchte, und flohen darauf. Eine bewaffnete Wache, die zur Verfolgung ausgesandt wurde, traf drei Neger und fragte nach dem Versteck der Flüchtlinge. Die Neger weigerten sich in frecher Weise, irgend welche Auskunft zu geben, und versuchten, ihre Pistolen zu ziehen, worauf die Wachen mit ihren Büchsen das Feuer eröffneten und sie töteten. Sechs andere Neger, die später getroffen wurden, boten gleichfalls den Beamten Trotz und wurden verhaftet. Ein Volkshaufe von Weißen entriß sie darauf den Wachen und erschoß sie. Später wurden zwei weitere Neger, die sich frech betrugen, erschossen. Die beiden Neger, deren Verbrechen die Unruhen hervorgerufen hatte, sollen gefangen sein, und es werden Vorbereitungen getroffen, sie zu lynchen.

Briefkasten.

Sch., Radebeul. Chinesisches Nomadenvolk, die man auch chinesische Kosaken genannt hat wegen der Art, wie sie Krieg führen.

N., Potschappel. Bestellen Sie einfach bei dem Zeitungskolporteur.

Letzte Telegramme.

Hamburg, 6. April. Der Schriftsteller und Leutnant der Reserve Greiner ist unter Verdacht von Vergehen in der Weise Dippolds verhaftet worden. G. ist verheiratet. Er unterhielt mit der in Berlin wohnenden Mutter des Knaben, um den es sich handelt, ein Verhältnis.

Danzig, 6. April. Auf der kaiserlichen Werft wurde wegen Arbeitsmangel 50 Arbeitern gekündigt.

Wetterbericht nach der Wettersäule an der Augustusbrücke vom 6. April, vormittags 7½ Uhr.

Barometer: 750. Veränderlich.
Thermometer: + 7° R.
Thermometrograph: Min. — 0, Maxim. + 12.
Hygrometer: 86°/₀.
Wasserstand der Elbe: — 30 cm.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040406/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dr. Thompson's Seifenpulver
gibt
ohne Bleiche
blendend weisse Wäsche.

Webergasse 30 Webergasse 30

„Nordsee"

Aus unseren eigenen Fischdampfern treffen heute und folgende Tage in lebendfrischer Ware ein:

ff. Schellfisch im Anschnitt Pfd. 30 Pf.
„ Kabeljau „ „ „ 25 „

ff. Seelachs im Anschnitt	Pfd. 30	Pf.
„ Flußlachs „ „	„ 100	„
„ Lengfisch „ „	„ 30	„
„ Helgoländer Schellfisch, groß	„ 40	„
„ „ „ großm.	„ 35	„
„ „ Portions- „	„ 25	„
„ „ Brat- „	„ 20	„
„ Rotzungen	„ 50	„
„ Steinbutt, groß	„ 140	„
„ „ klein	„ 100	„
„ Zander	„ 65	„

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
„Nordsee"
Webergasse 30 Telephon 2471

Dr. med. Rob. Engelmann
wohnt jetzt
Grunaerstrasse 16, II.
Sprechstunden: 11—4 Uhr.
Sonntags: 8—10 Uhr.

Allen werten Bekannten, sowie unserer geehrten Nachbarschaft die ergebenste Anzeige, daß wir am 1. d. M. das
Restaurant Torgauer Schlösschen
Dresden-Pieschen, Torgauerstraße 13
übernommen haben und bitten höflichst, uns in unserem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll **Aug. Dressler u. Frau.**

PATENTE
Gebrauchsmuster
Schutzmarken
Nachsuchung
Verwertung
Erfinder
erhält kostenfrei Auskünfte u. Rat.
Civilingenieur
HOLZMANN
DRESDEN-A.
Waisenhausstr. 28.

Bestandteile
für Phonographen, Grammophone, als ganze Laufwerke, Federn, Stifte, Trichter, Membranen, Schallösen rc. empfiehlt zu äußerst billigen Preisen
Otto Friebel, Ziegelstr. 9.

Kindertwagen u. Sportwagen
billiger wie im Laden
große Auswahl, **Lilieng. 8 pt.**

BRENNABOR-RÄDER
Fahrrad-Werke BRENNABOR Brandenburg a. Havel
Jeder Radfahrer ist entzückt über die Kugellager des Brennabor-Rades weil dieselben staubsicher sind und im Laufe eines Jahres nur einmal frisches Oel nöthig haben.
Ueberall Vertretungen ✧ Kataloge postfrei.
Alleiniger Vertreter: **Paul Schmelzer,** Dresden Ziegelstrasse 19.

Soeben erschien im Verlag der Vorwärtsbuchhandlung, Berlin:
Prinz Arenberg und die Arenberge.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition, Zwingerstrasse No. 22.

Bürger-Schänke
Palmstrasse 1 eine Minute vom Postplatz.
Einziges Bier- und Speise-Lokal Dresdens mit frischer vorgewärmter Luftzuführung.
Es speisten zirka 1300 Personen an einem Tage.
Eduard Zehl.

Jedermann raucht heute
Sanctumtabak

Sanctumtabak kostet in Paketen à 100 Gramm **nur 10 Pf.**
Sanctumtabak ist von feinem Aroma und Geschmack.
Sanctumtabak ist die allgemein beliebteste Marke.
Sanctumtabak zu rauchen ist ein wahrer Genuß.
Sanctumtabak ist in den meisten Geschäften zu haben.
Außerdem empfehlen wir unsern überall bekannten **Teetabak,** Marke **Kiautschau.** 15 und 20 Pf. à Paket.
Gaudig & Friedrich, Oranienbaum.

Doktor Struves aromatischer
Blutreinigungstee
zur Reinigung und Auffrischung des Blutes und der Körperkräfte. Bereitet nach den Grundsätzen des **neuen Pflanzenheilverfahrens,** keine Gewöhnung, keine Darmerschlaffung, sehr angenehm schmeckend, Packet 1 Mk. Prompter Versand nach auswärts.
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

Möbel
kompl. Braut-Ausstattungen
sowie
einzelne Möbel
in großer Auswahl. Infolge Ersparung der Ladenmiete **billigste Preise. — Garantie.**
Robert Wolf
Pillnitzerstrasse Nr. 19.

Achtung! Niedersedlitz.
Putzwaren.
Große Auswahl in garnierten und ungarnierten
Damen- und Kinderhüten.
Billigste Preise!
Federn, Blumen, Bänder, Sammete und Schleier usw.
P. Liebe, Niedersedlitz
Lockwitzerstr. 23.
Kein Laden! Kein Laden!

Spülkannen
Mutter-Spritzen
Frauenschutz
Laetitia
Damenbinden
Leib-Binden
sowie sämtliche
Bedarfsartikel zur Wochenpflege.
Diskreter Versand.
Preisliste gratis. (Damenbedien.)
Rich. Freisleben
Postplatz 1 (neben Topf-Geschäft).
Auf diese Annonce 10 Proz. Rabatt.

Eine Zierde

ist ein Gesicht ohne alle Haut-Unreinigkeiten und Haut-Ausschläge, wie Mitesser, Finnen, Flechten, Blütchen, Hautröte usw. Daher gebrauchen Sie nur **Steckenpferd-Teerschwefel-Seife**
von Bergmann & Co., Radebeul
mit echter Schutzmarke: Steckenpferd
à St. 50 Pf. bei:
Hermann Roch, Altmarkt 5,
Weigel & Zeeh, Marienstr. 12,
Friedr. Wollmann, Hauptstr. 22,
Ludw. Küntzelmann, Am See 56,
Carola-Park., König-Johannstr.,
in **Pieschen:** bei Ernst Dressler.

Wilh. Tiedchen
Schandauerstraße 40
gegenüber der 25. Bezirksschule
empf. f. Bezirks- u. Bürgerschulen sämtliche
Schreib- u. Lesebücher.
Neueste Rechtschreibung.
NB. Auch offeriere vorzügliche Qualitäten
Cigarren
in größter Auswahl.

Achtung!
Abgenutzte Phonographenwalzen
werden **abgeschliffen** und **laut** neu bespielt Ziegelstr. 9, **Friebel.**

Karl Meyrose
Buchbinderei
Papier- und Schulbuchhandlung
Dr.-Pieschen
Mohlenstraße 12, neben der Schule.
Zum **Schulwechsel** empfehle **sämtliche vorschriftsmäßigen Schulartikel: Bücher, Schreib- und Zeichenutensilien, Reißzeuge, Reißbretter, Schulranzen und -taschen, Federkästen usw.**
Solide Ware. Billigste Preise.

Achtung! **Radfahrer.** Achtung!
Am besten und billigsten kauft man **Räder** und **sämtliche Zubehörteile, Schläuche** v. 2,90 M., **Mäntel** von 4,50 M. an, nur bei **Kutzke, Falkenstraße 9.**

G. Hausmanns Restaurant
Drehgasse 8. — Telephon 8891.
Morgen Donnerstag
Schlachtfest.
Empfehle meine hausschl. Wurst, sowie meinen bürgerl. Mittagstisch.

Uebernahme v. Umzügen jeder Größe per Eisenbahn u. Achse.
Richard Kahls
Dresden-Löbtau
Kesselsdorferstr. 20.
Fernsprecher: Amt I 5561.

Unsere **Sparkasse**
verzinst Spareinlagen zurzeit mit
4 % bei 6 mon. Kündigung
3½ % „ 3 „ „
3½ % „ allmähl. Ermäßigung.
Sächs. Spar- und Kredit-Bank
zu Dresden, Wilsdrufferstraße 4.

Fahrräder
neu u. gebr., Ersatz- u. Zubehörteile, Mäntel u. Schl. kauft man am bill. u. billigsten **Freibergerpl. 8**
Reparatur-Anstalt.

Strangs Zigarren
Zigaretten u. Tabake
nur gute Marken!
W. Strang, Ostra-Allee 11.

Gesuche, Klagen, Eingaben etc. Rat und Auskunft billig
Ignatz Zimmermann, Tengnerstr. 3.

---

2 Wohnungen
Hechtstraße
2 St., 1 K., 1. K. u. Zub. zu 3.5
270 Mk., 1 St., 1. K., 1. K. 1.6
200 Mk., 1. Juli zu beziehen.
Näheres **Hechtstraße 55, 1.**

Sch. Mädchenschlafst. zu verm.
Alt-Trachau 12, 3.

Hiermit erkläre ich, daß ich die im Gesellschaftshause gegrückte Herrn Marunke gegen Verleumdung der Frau Restaurateur Schröder als unwahr zurücknehme.
M. Reichenbach, Schmiedereibes.

Für die außerordentlichen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden meines lieben Mannes des Eisendrehers
Max Schubert
sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie seinen Vorgesetzten und seinen Arbeits- und Berufskollegen, auch Herrn Dr. Gerstel für das liebevolle Bemühen, dem Entschlafenen sein Leiden zu lindern meinen innigsten Dank.
Schmiedeberg, 5. April 1904.
Die trauernde Gattin nebst Kind.

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**

Altst. zahnärztliches Institut

unter Leitung staatl. approbierter Zahnärzte stehendes Privat-Institut u. Klinik für Zahnleidende und Zahnersatzbedürftige

Serrestraße 2, Ecke Amalienstraße.

Die überaus große Inanspruchnahme des bisher **Serrestraße 12** befindlichen **Spielmannschen zahnärztlichen Instituts** hat uns veranlaßt, dasselbe bedeutend zu vergrößern und deshalb nach **Serrestraße 2 (Ecke Amalienstraße)** zu verlegen, woselbst es unter obiger Bezeichnung neu eröffnet weitergeführt werden wird. Das Institut, welches nach dem Muster der Universitäts-Institute mit allen modernen chirurgisch-zahnärztlichen und technischen Apparaten rc. ausgestattet ist, hat es sich nach wie vor zur Aufgabe gemacht, den **weniger bemittelten Zahnleidenden** und **Zahnersatz-Bedürftigen** durch Berechnung **allerniedrigster Preise** Gelegenheit zu geben, sich im Bedarfsfalle die Hilfe studierter und **staatl. approb. Zahnärzte** angedeihen zu lassen. — Das Institut hat folgende Abteilungen eingerichtet:

Abteilung A.
Zahnärztl. Chirurgie.
Zahn- und Kiefer-Operationen.
Zahnextraktionen mit örtl. Betäubung
1—2 Mark.
Vollständige Narkose (Bromäther) **3 M.**

Abteilung B.
Konservierende Zahnheilkunde.
Plombierungen
in allen bewährt. Materialien v. 1 M. an.
Antisept. Behandlung kranker Zähne und Wurzeln.
Reinigen der Zähne etc.

Abteilung C.
Zahntechnik
Künstliche Zähne
1—3 Mark
je nach Anzahl und Material.
Umarbeitungen . . von 3 M. an.
Zähne ohne Platten von 6 M. an.
Reparaturen . . . . 1—3 M.

Garantie für sachgemäße Behandlung u. tadellos passende techn. Arbeiten.
Die Direktion.

Mit heute verlege ich mein **Bureau** von Moritzstrasse 21 nach
Marschallstr. 38, I
(Ecke Gerichtsstrasse).
Telephon-Anschluss wie bisher: Amt I, Nr. 3886.
Dresden, den 1. April 1904.
Rechtsanwalt **Ernst Koppel.**

Verein Deutscher Schuhmacher (Zahlst. Dresden).
Den Kollegen zur Nachricht, dass am 4. April, vormittags 11½ Uhr, unser Kollege
Wenzel Cinibulk
im Alter von 39 Jahren gestorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag den 7. April, nachmittags 2½ Uhr, von der Parentationshalle des katholischen Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Düvell in Dresden.
Druck und Verlag von Kaden & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 78. | Dresden, Mittwoch den 6. April 1904. | 15. Jahrgang.

Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Chemnitz, 5. April 1904.

Im neuerworbenen Volkshause der Chemnitzer Genossen, das jetzt noch den alten Namen Kolosseum führt, versammelten sich heute vormittag die Delegierten der sächsischen Parteigenossen in großer Zahl. Aus allen Teilen Sachsens trafen vorwiegend alte, erprobte Genossen ein. Es gab ein herzliches Begrüßen und Händeschütteln alter Kämpen, die sich zum Teil nach Jahren wieder einmal sahen. Von Reichstagsabgeordneten waren am Anfange zu bemerken: Horn, Kaden, Fräßdorf, Geyer, Goldstein, Grünberg, Geyer, Stücklen, Schippel, Schulze, Buchwald, und Schöpflin. Vom Parteivorstand ist Genosse Gerisch anwesend. Außerdem sind die Mitglieder des Zentralkomitees und zum größten Teile auch der Agitationskomitees anwesend. Die Delegierten sind diesmal zahlreicher als sonst vertreten zu sein. Die Seitenräume und die Galerien sind mit Zuhörern, vorwiegend Genossen aus der näheren Umgebung, dicht gefüllt.

Das neue Heim der Chemnitzer Genossen ist prächtig geschmückt. Die Tribüne ist mit rotem und weißem Tuche drapiert und zu beiden Seiten grüßen aus geschmackvoll angeordneten Büschen grüner Blattpflanzen die Büsten von Lassalle und Liebknecht herab. Das Rednerpult ist rot ausgeschlagen.

Gegen 10 Uhr betritt Genosse **Riemann** aus Chemnitz die Rednerbühne, um die Landeskonferenz mit folgender Ansprache zu eröffnen:

Parteigenossen! Im Auftrage der Parteigenossen von Chemnitz und Umgegend begrüße ich Sie und heiße Sie in Chemnitz herzlichst willkommen. Ich tue dasselbe auch im Namen der Verwaltung des Volkshauses. Seit langen Jahren sind die Chemnitzer Arbeiter in der Lage gewesen, ihre Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen in fremden Sälen abhalten zu müssen. Nach jahrelangem Mühen haben wir es in Chemnitz dahin gebracht, uns ein eigenes Heim zu errichten. In diesem unserem neuen Heim tagen Sie zum erstenmal als Vertreter der Arbeiterschaft. Sie geben damit unserem Volkshause die rechte Weihe, die echte rechte sozialdemokratische Weihe.

Zum drittenmal tagt die Landeskonferenz in Chemnitz und zwar diesmal in **Kappel**. Als wir voriges Jahr in Mittweida auseinander gingen, haben wir das Gelöbnis getan, den Reichstagswahlkampf zu führen, wie es Sozialdemokraten gebührt. Wir haben dieses Gelöbnis erfüllt und einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen gehabt. Wenn in den letzten Wochen auch ein Schatten auf unsere Siegesfreude gefallen ist, so müssen wir gerade daraus die Lehre ziehen, fest und geschlossen zusammen zu stehen, wie es die Sozialdemokratie immer in schweren Zeiten getan hat. Denken Sie an das Jahr 1887, wo in Sachsen nicht ein einziger Sozialdemokrat gewählt wurde! Wir haben damals das Gelöbnis getan, die Scharte auszuwetzen, und das haben wir glänzend erreicht. Nach diesem Grundsatze müssen wir auch jetzt handeln, die Opferfreudigkeit der Genossen wird und darf nicht erlahmen; sie muß im Gegenteil durch die gehabte Niederlage neu angespornt werden. Mit dieser Zuversicht gehen wir an die Arbeit, und mit dieser Zuversicht heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen in Chemnitz und in unserem neuerworbenen Heime. Ich hoffe, daß unsere Beratung vom echten sozialdemokratischen Geiste getragen wird und daß sich auch bei unseren Beratungen das Wort Goethes erfülle: Ein Mann, der recht zu wirken denkt, muß auch das beste Werkzeug halten.

Sodann werden auf Vorschlag des Genossen Sindermann zu Vorsitzenden der Konferenz erwählt: **Riemann**-Chemnitz und **Landgraf**-Burgstädt. Zu Schriftführern werden auf Vorschlag des Genossen Hähne folgende Genossen ernannt: **Redlich** (22. Wahlkreis), Ulig (6. Wahlkreis), **Böhmer** (2. Wahlkreis), **Fleißner** (Agitationskomitee). In die Mandatsprüfungskommission werden entsandt: **Kurz** (18. Wahlkreis), **Demmler** (19. Wahlkreis), **Kurze** (12. Wahlkreis), **Thielemann** (7. Wahlkreis), **Beyrich** (10. Wahlkreis).

Der Vorsitzende gedenkt der schweren Verluste, die die sächsische Sozialdemokratie durch den Tod des Genossen Franz **Hofmann** und Emil **Rosenow** erlitten hat. Die Versammlung erhebt sich zur Ehrung der Toten von ihren Plätzen.

Dann tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein. Zum ersten Punkt:

Bericht des Zentralkomitees

erhält Genosse **Sindermann** das Wort. Er führt aus: Aus dem Bericht des Zentralkomitees ersehen Sie, daß Organisation und Preßverhältnisse erfreuliche Fortschritte gemacht haben. Für die drei letzten Jahre ist ein Zuwachs von über 13000 Mitgliedern zu verzeichnen. Vor allem muß die Organisation schlagfertig sein, wenn die Bemühungen der Gegner, die Sozialdemokratie zu vernichten, erfolglos bleiben sollen. Vor allem muß in den Kreisen, in denen eine Schlagfertigkeit noch nicht erreicht ist, alles aufgeboten werden, die Verhältnisse zu verbessern.

Auch die **Kassenverhältnisse** haben sich entsprechend gebessert; es ist beschämend, wenn für die Wahlagitation Mittel aus der Parteikasse zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist auch der Beschluß der Landesversammlung, von jedem einzelnen Mitglied einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pf. zu erheben, noch nicht in allen Wahlkreisen glatt durchgeführt. Aber im großen und ganzen zeigt sich überall ein erfreulicher Opfermut. Wir müssen jederzeit schlagfertig sein, um politischen Ueberraschungen entgegentreten zu können, um das Gewonnene zu erhalten.

In die berechtigte Siegesfreude über den Ausfall der letzten Reichstagswahl ist ein bitterer Wermutstropfen gefallen: die **Niederlage von Zschopau-Marienberg**. In der Presse und in Parteiversammlungen hat man nach den Gründen gefragt, durch die ein solcher Ausgang herbeigeführt werden konnte, und die Landesversammlung hat zu entscheiden, wen die Schuld an der Niederlage trifft, hat Beschlüsse zu fassen, damit gemachte Fehler sich nicht wiederholen. Von einigen Stimmen ist behauptet worden, durch das Eingreifen des Agitationskomitees sei die Souveränität des Reichstagswahlkreises verletzt worden. Allerdings bestimmt § 3 des Organisationsstatuts, jeder Kreis sei in allen Fragen der Agitation und Organisation vollkommen selbständig; aber in § 12 wird ausgesprochen, daß die endgültige Regelung aller streitigen Fragen in der Hand der Landesversammlung liegt. So wurde 1893 festgestellt, daß Doppelkandidaturen nicht statthaft seien. Die Regelung der Doppelkandidaturen **Schoenfeld**-Dresden-A. und -Bautzen und **Kaden**-Dresden-N. und -Plauen ist durch das Komitee ausgeführt worden. Ebenso hat die Mitwirkung des Komitees bei den Nachwahlen im 15. und 22. Kreise zu keinen Auseinandersetzungen geführt.

Ebenso unzutreffend ist der vereinzelte Vorwurf, für die Haltung des Komitees sei die Frage, ob Radikaler oder Revisionist, bestimmend gewesen. Das Komitee hat jedesmal den Standpunkt vertreten, die Genossen hätten aus ihrer Mitte heraus Kandidaten vorzuschlagen, und hat seine Stellung nie mißbraucht, einem Kreise einen mißliebigen Genossen aufzuzwingen. Endlich hat man das Mitwirkungsrecht des Komitees bei den Landtagswahlen ohne weiteres anerkannt. Aber das Komitee war gezwungen, sich aus Rücksicht für das Gesamtinteresse der Partei der Wiederaufstellung **Göhres** zu widersetzen, weil Göhre sein Mandat niedergelegt hatte, ohne seine Wähler zu fragen. Zuerst wurden überhaupt keine Gründe für die Mandatsniederlegung angegeben, dann hieß es, sie sei aus gekränktem Ehrgefühl erfolgt, weil man Göhre beschuldigt habe, er sei Mandatsjäger. Trifft das zu, hätte er schon vor 3 Jahren zurücktreten müssen, als man sich in Leipzig allgemein gegen die Kandidatur Göhres im 15. Wahlkreise aussprach, weil man keine Garantie für seine politische Festigkeit habe. Jeder Abgeordnete muß wissen, daß sein Mandat der Partei und nicht ihm gehört. Es ist ein beschämendes Gefühl, daß ein Genosse, der in der vordersten Front kämpfte, das Gewehr aus der Hand gab und seinen Wählern das Mandat durch das Reichstagspräsidium zurückschickte. Fast die gesamte Parteipresse hat auch anerkannt, daß Göhre mit seinem Mandat einen unverantwortlichen Mißbrauch getrieben habe. Im Oktober 1903 hat Göhre ein Mißtrauensvotum erhalten und hat trotzdem die Kandidatur im 20. Kreise angenommen. Wenn solche Spielerei einreißt, können ähnliche Fälle überall eintreten. Göhre durfte nicht aufgestellt werden, seine Kandidatur war ein Ding der Unmöglichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Einigung mit Göhre war nicht zu erzielen, aber es durfte keine Prämie auf seine Disziplinlosigkeit gesetzt werden. (Zustimmung.) Einstimmig hat das Gesamtkomitee beschlossen, an die Oeffentlichkeit zu gehen und dem Parteivorstand ist es dann auch gelungen, Göhre zum Zurücktreten zu bewegen. Es trifft auch nicht zu, daß das Komitee mit dem fertigen Vorschlag an den 20. Kreis herangetreten sei, **Pinkau** als Kandidaten aufzustellen. Im Gegenteile sind eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden; nur gegen Göhre **mußten** wir Stellung nehmen.

Dann ist von Genossen im 20. Kreise gesagt worden, mit Göhre als Kandidaten wäre der Kreis sicher behauptet worden. Man vergegenwärtige sich aber die Situation: Bei der Hauptwahl haben wir glatt gesiegt, bei der Nachwahl sind über 1100 Wähler zurückgewiesen worden, weil sie inzwischen ihren Wohnort gewechselt hatten, mit ihnen hätten wir sicher eine Majorität von über 1000 Stimmen erzielt. Kein Wahlkreis darf nur durch die Person gewonnen werden, ein solcher Sieg wäre eine Selbsttäuschung und man darf sich dann nicht wundern, wenn weder die Organisation noch die Verbreitung der Presse Fortschritte macht. (Zustimmung.) In der Masse ist Begeisterung vorhanden, die nur ausgenutzt zu werden brauchte, aber nur einige Ortschaften haben wenige Organisierte, während in Gebieten mit reicher Industriebevölkerung fast keine Organisation existiert. Sicher ist, die Organisation ist in der bedauerlichsten Weise vernachlässigt worden. Hier gilt es also anzusetzen, um die Schlappe auszuwetzen.

Es ist auch gesagt worden, in dem Wahlkreise dürfe man unsere Grundsätze, unser Programm nicht zu sehr in den Vordergrund drängen; dann darf man sich aber über solche Rückschläge auch nicht wundern. (Zustimmung.) Eine solche Taktik entspricht nicht der Würde der Partei und ist ein Hohn auf unsere Grundsätze. (Laute Zustimmung.) Die Disziplin, die Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze hat unsere Partei groß und stark gemacht; und überall, wo unsere Gegner geschrien haben: hier seht ihr wieder einmal den Terrorismus der Sozialdemokratie, haben wir auch gezeigt, daß nur die Parteidisziplin das Höchste ist. (Zustimmung.) Wenn jeder Kreis auf eigene Faust Politik treiben würde, würden wir bald die gleichen Zustände wie in Frankreich haben und Millerandismus und Jauresisterei würden auch bei uns eintreten. Es fragt sich aber, ob die Arbeiter sich das auf die Dauer gefallen lassen würden. (Lauter Beifall.) Und gerade jetzt wird es notwendig, daß die Masse zum Parteibewußtsein erzogen wird. Die Reaktionäre drohen mit neuen Ausnahmegesetzen und **Bülow** selbst hat ausgesprochen, daß die Regierung jeden Augenblick bereit sei, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, wenn ihr der Reichstag eine Majorität für ein Ausnahmegesetz schaffe.

Im 20. Kreise ist die Agitation in Friedenszeiten vernachlässigt worden. Die Leipz. Volksztg. hat sich mit Recht beschwert, daß nicht alles getan worden ist, was getan werden konnte. Wir sind ja in der letzten Zeit aus den Wahlen nicht herausgekommen und trotzdem hat das Komitee getan, was möglich war. Dann hat der Kreis auch zu kosten bekommen, in welcher Weise die Antisemiten die wüsteste Agitation betrieben haben. Wir müssen sorgen, die Organisation stark und zuverlässig zu gestalten und überall Vertrauensleute gewinnen.

Wenn wir unsere Fehler einsehen, nichts vertuschen und tapfer arbeiten, werden und müssen wir zu besseren Resultaten kommen und die Landesversammlung wird dem Komitee die Mittel zur Verfügung stellen, vor allem in den schwächeren Wahlkreisen gründliche Agitation entfalten zu können. Sachsen bietet auf diesem Gebiete ein reiches Arbeitsfeld; es heißt: tüchtig ackern und säen, dann wird auch die Ernte gut. (Reicher Beifall.)

Braune-Radeberg (zweiter Referent über den Punkt: Bericht des Zentralkomitees): Der Kassenbericht des Zentralkomitees zeigt in diesem Jahre ein anderes Gesicht, als im vorigen Jahre. Die Einnahmen und Ausgaben sind bedeutend höher. Der Redner bespricht sodann den Kassenbericht, der bereits veröffentlicht worden ist und führt sodann, auf die verlesenen Zahlen verweisend, noch folgendes aus: Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen über die Aufgaben des Zentralkomitees zu machen. Diese Aufgaben bestehen in erster Linie darin, die Beschlüsse der Landesversammlung auszuführen. Das Komitee hat ferner die allgemeine Agitation zu leiten und hierbei Anregungen zu empfangen und selbst solche zu geben. Andrerseits hat das Zentralkomitee darüber zu wachen, daß die Beschlüsse der Landesversammlung von den Kreisen ausgeführt werden. Das letztere ist leider nicht immer der Fall. Wir haben allerdings in den sächsischen Reaktionären sehr tätige Mitarbeiter, die uns reichlich Stoff zur Agitation geben. Aber dazu brauchen wir Mittel, aber diese geben uns unsere Mitarbeiter im reaktionären Lager nicht, die müssen wir selbst aufbringen. Wenn auch der Hinweis des Genossen Sindermann, daß wir gegenwärtig über mehr Mittel verfügen, als in früheren Jahren, richtig ist, so meine ich doch, daß wir mehr Mittel haben müssen. Wenn das Zentralkomitee Geld braucht zu Betreibung der Agitation, werden wir an die Komitees verwiesen. Wie steht aber die Sache hier? Sehen wir uns den Rechenschaftsbericht an, so finden wir, daß die Komitees in Dresden und Leipzig die einzigen sind, die größere Mittel zur Verfügung haben. Wir sehen aber auch, daß die Genossen dieser Kreise größere Opfer bringen. In den drei Dresdner Wahlkreisen wird durchweg ein Wochenbeitrag von 10 Pfennigen erhoben. Das gilt auch für die zu Leipzig gehörenden Kreise, besonders vom 11., 12. und 13. Aber wie sieht es in den übrigen Kreisen aus? Vom 15. bis zum 23. Reichstagswahlkreise ist nicht einer, der einen Wochenbeitrag von 10 Pfennigen eingeführt hat. Es entfallen vielmehr nur durchschnittlich im 15. Wahlkreise pro Woche 3 Pf. Beitrag, im 16. Wahlkreise 5 Pf., im 17. 3 Pf., im 18. 5 Pf., im 20. 5 Pf., im 21. 2 Pf., im 22. 5 Pf. und im 23. 5 Pf. Das ist entschieden zu wenig. Nun erklärt man, die Bevölkerung in diesen Kreisen sei zu arm, mehr Beiträge aufzubringen. Ich will nur konstatieren, daß wir in Dresden auch im 4. und 6. Wahlkreise Arbeiter haben, die nicht mehr verdienen, als die Arbeiter im Gebirge, und die noch die höhere Miete erschwingen müssen, und doch entrichten alle diese Genossen regelmäßig 10 Pf. Wochenbeitrag. Die ungenügende Beitragsleistung in vielen Kreisen hat zur Folge, daß wir die Agitation nicht so betreiben können, wie wir sie betreiben müßten. So ist es nicht möglich gewesen, in allen Kreisen Kalender in genügender Anzahl zur Verbreitung zu bringen. Wie notwendig aber gerade diese Art der Agitation ist, das hat sich im 20. Reichstagswahlkreis gezeigt, wo die wenigen Kalender, die während der letzten Reichstagswahl verbreitet worden sind, von der Bevölkerung gierig aufgenommen wurden. Es wäre gerade notwendig, den obengenannten Wahlkreisen mehr Kalender als bisher zur Verfügung zu stellen. Da das Zentralkomitee aber nicht die Mittel dazu hat, unterbleibt diese Agitation und das ist bedauerlich.

Noch ein Wort zum 20. Kreise. Die Agitationskomitees waren bei der Kandidatenfrage in einer sehr unangenehmen Lage. Hätten wir die Dinge laufen lassen, wie sie liefen, hätte man uns von der einen Seite Vorwürfe gemacht. Nachdem wir eingegriffen haben, macht man

Leben, Kunst und Wissenschaft.

Der erste internationale Kongreß für Schul-Gesundheitspflege.

1.

Im Saale des Apollotheaters in Nürnberg fand gestern die erste Vollversammlung des internationalen Kongresses für Schul-Gesundheitspflege statt. Stark besetzt war der große Saal. Die Regierungen hatten Vertreter entsandt, Inland wie Ausland, ferner fast sämtliche Stadtverwaltungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, die deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege, der deutsche Lehrerverein, der Verein der preußischen Volksschullehrerinnen usw. Der Protektor des Kongresses, **Prinz Ludwig Ferdinand** von Bayern, Dr. med., begrüßte den Kongreß mit einer längeren Ansprache, indem er seiner Freude Ausdruck gab, daß der erste internationale Kongreß für Schul-Gesundheitspflege in Deutschland und zwar auf bayrischem Boden stattfinde. Er heiße die Damen und Herren, die aus allen Teilen der Welt hier erschienen seien, herzlich willkommen. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß der Kongreß dazu beitragen werde, die Schul-Gesundheitspflege zu fördern. Professor Dr. med. **Griesbach** dankte dem Prinzen Ludwig Ferdinand für seine begrüßenden Worte. Der Kongreß werde den Beweis liefern, daß Medizin und Pädagogik die besten Vorkämpfer für die Humanität seien. Der Kongreß habe eine um so größere Bedeutung, da auf diesem Gelegenheit gegeben sei, die Erfahrungen, die auf dem Gebiete der Schul-Gesundheitspflege gemacht worden seien, auszutauschen. Was ein Kulturland erringe, komme bekanntlich allen übrigen Kulturländern zugute. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß der Kongreß dazu beitragen werde, unsere Jugend gesund zu erhalten. Eine ganze Reihe Begrüßungsansprachen schloß sich an.

Alsdann sprach Geheimer Medizinalrat Professor Dr. **Hermann Cohn** (Breslau) über: **Was haben die Augenärzte für die Schulhygiene geleistet und was müssen sie noch leisten?**

Der Redner bemerkte: Als er 1864 in eine Breslauer Schulstube kam, sei er über die große Finsternis, die in diesem Schulzimmer herrschte, geradezu erschrocken. Der Lehrer, den er deshalb zur Rede stellte, habe mit Achselzucken geantwortet. Man konnte damals das Wort „Schulhygiene" kaum dem Namen nach. Er habe sich deshalb entschlossen, sich mit der Schulhygiene näher zu beschäftigen. Ganz unendlich viel sei für die Augenhygiene durch den Helmholtzschen Augenspiegel erreicht worden. Stilling hält die Kurzsichtigkeit für eine Rassenfrage; dieser behaupte, daß Menschen mit niederer Augenhöhle sämtlich an Kurzsichtigkeit leiden. Die praktischen Untersuchungen haben aber diese Theorie vollständig widerlegt. Es sei festgestellt, daß auch eine große Anzahl Menschen mit hohen Augenhöhlen kurzsichtig seien. Treffend weise das Generalarzt Seggel (München) nach. Dieser sage: die zunehmende Kurzsichtigkeit sei zu ernst, als daß sie mit einigen Witzen abgetan werden könne. Die zunehmende Kurzsichtigkeit bedrohe die Wehrhaftigkeit der Armee. Immer mehr greife die Kurzsichtigkeit ganz besonders unter den Offizieren und Einjährig-Freiwilligen um sich.

Eine große Zahl junger Leute, die Lust und Befähigung haben, sich dem Marinedienst zu widmen, müssen wegen zu großer Kurzsichtigkeit davon abstehen. Ein großer Krebsschaden sei der unendliche Druck der Bücher. Solch kleingedruckte Schul-Lesebücher müßten von dem Reichs-Gesundheitsamt verboten werden. Eine Breslauer Buchhandlung habe ihm vor einiger Zeit geschrieben: „Seitdem Sie meine Schul-Lesebücher auf den Index gesetzt haben, verkaufe ich keine Lesebücher mehr. Ich habe mich daher entschlossen, schon in meinem eigenen wirtschaftlichen Interesse nur solche Lesebücher herstellen zu lassen, deren Druck den hygienischen Anforderungen entspricht." (Heiterkeit.) Eine weitere Notwendigkeit sei, die Schulbänke so zu gestalten, daß die Schüler sich daran gewöhnen müssen, in einer gewissen Entfernung zu lesen und zu schreiben. Ein ganz besonderes Augenmerk müsse der Beleuchtung der Schulzimmer zugewandt werden. Er habe auf einem alten Gymnasium in Breslau festgestellt, daß in dem Schulzimmer kaum ein Stück Himmel zu sehen war. Es müssen für einen Schulplatz 50 Quadratmeter und 10 Meter Kerzen gefordert werden. Sehr vorteilhaft haben sich die von seinem Lehrer, dem verstorbenen Professor Dr. Förster (Breslau), erfundenen Prismen erwiesen. Sehr wichtig seien auch die Vorhänge in den Schulzimmern. Er habe die Vorhänge von der dichten Sackleinwand bis zum feinsten Dowlas und Shirting untersucht und dabei festgestellt, daß die Sackleinwand-Vorhänge 95 Prozent des Lichtes wegnehmen. Es müsse gefordert werden, daß in jeder Schulkommission ein Arzt sitze. Hier in Nürnberg haben die städtischen Behörden schon 1877 diese Forderung für notwendig erkannt. 1886 haben sich bereits 57 Aerzte freiwillig und unentgeltlich als Schulärzte angeboten. Es müsse gefordert werden, daß in jeder Schulkommission nicht bloß ein Arzt, sondern auch ein Augenarzt sitze, und zwar dürfe ein Augenarzt nicht mehr als 1000 Kinder zu untersuchen haben. Viel sei ja seit den letzten 40 Jahren auf dem Gebiete der Schulhygiene erreicht worden. Aber trotz alledem gebe es in Deutschland nur 234 Stadtverwaltungen mit 606 Schulärzten. Es müsse gefordert werden, daß die Schulkommissionen regelmäßig Revisionen und Augenmessungen vornehmen. Die Augenmessungen wären am besten auf den Turnplätzen vorzunehmen und zwar könnte dies von den Lehrern geschehen. Er habe an Breslauer Studenten 1867, 1881 und 1902 Augenmessungen vorgenommen, und immer seien trotz aller prophylaktischen Maßnahmen ungefähr 60 Prozent der untersuchten Studenten kurzsichtig gewesen. Gewarnt müsse vor scharfen Augengläsern werden. Er stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkt der mittleren Linie. Die scharfen Augengläser können das Augenlicht ganz ungemein gefährden. Sehr notwendig sei auch, den Farbensinn der Schüler zu wecken. Allein alle Bemühungen der Schule dürften fruchtlos bleiben, so lange das Elternhaus nicht mithelfe. Es seien ja auch in dieser Beziehung schon wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Vor etwa 20 Jahren habe eine Stadtverwaltung die ärztliche Schulaufsicht abgelehnt, weil dadurch in die Autorität der Eltern eingegriffen werden könnte. (Heiterkeit.) Derartige Anschauungen seien glücklicherweise längst überwunden. Staatliche und städtische Behörden, aber auch alle Bevölkerungskreise sehen die Notwendigkeit einer durchgreifenden Schulhygiene immer mehr ein. Der gegenwärtige Kongreß liefere ja den besten Beweis, daß diese Erkenntnis sich in allen Kulturländern der Welt Bahn gebrochen habe. Im Interesse der Gesundheit unserer Jugend sei zu hoffen, daß auf diesem Gebiete immer weitere Fortschritte gemacht werden. Nur dadurch werde es möglich sein, ein gesundes Geschlecht zu erziehen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes Geheimer Regierungsrat Dr. **Bumm** (Berlin): Er sei mit den Ausführungen des Geheimen Rats Dr. Cohn vollständig einverstanden. Er müsse aber bemerken, daß das Reichs-Gesundheitsamt nach Lage der Gesetzgebung die schlecht gedruckten Schul-Lesebücher nicht verbieten könne. Zum mindesten sei es zweifelhaft, ob die Einzelregierungen sich einem vom Reichs-Gesundheitsamt an den Reichskanzler gestellten Antrage anschließen würden.

Geheimer Rat Professor Dr. Cohn: Er habe sich falsch ausgedrückt, seine diesbezügliche Aufforderung ergehe selbstverständlich auch an die Einzelregierungen.

Danach schloß die Vollversammlung.

Nachmittags fanden in der in der Keßlerstraße belegenen Industrieschule mehrere **Abteilungssitzungen** statt. In

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040406/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

uns wieder von der anderen Seite Vorwürfe. Es gilt nun zu untersuchen, wer gefehlt hat. Vor allen Dingen muß ich betonen, daß die Genossen im 20. Wahlkreise hätten abwarten und sich mit den Komitees verständigen müssen. Das haben sie nicht getan; daher ist die Angelegenheit in der Weise zum Austrag gekommen. Es ist keine Voreingenommenheit gegen den Genossen Göhre gewesen, die uns veranlaßt hat, gegen seine Aufstellung Stellung zu nehmen. Wir haben die Person sehr wohl von der Sache getrennt, aber sie konnten uns nicht zumuten, daß wir ein Spiel, das an Komik grenzt mitmachen sollten. (Unruhe.) Wir sollten einen Kandidaten anerkennen, der uns kurz zuvor das Mandat vor die Füße geworfen hatte. Das konnte man nicht verlangen. Nach meiner Ansicht hat der Fall Göhre sehr nachteilig auf den Ausfall der Wahl eingewirkt. Man sagt, die wüste Agitation der Antisemiten habe dazu beigetragen, den Mißerfolg herbeizuführen. Wenn das auch zutrafe, so ergebe sich doch daraus, daß die Wähler nicht fest gewesen sind. Das muß uns ein Fingerzeig sein, mit der Aufklärung tiefer zu dringen und die Organisation dieses Kreises neu zu befestigen und auszubauen. Die Agitation muß damit einsetzen, daß die Presse besser verbreitet wird. Es gibt im 20. Wahlkreise noch zahlreiche industriell durchseuchte Orte, wo die Volksstimme noch nicht gelesen wird. Wie soll da ein Wahlkreis gehalten werden? — Wir werden auch erkennen müssen, daß der Partei nur dann mit Erfolg gedient werden kann, wenn man die Leisetreterei beiseite läßt und wir getreu unseren Prinzipien und dem Programm zielbewußt bei der Agitation vorgehen. Nur auf diese Weise werden wir der Bewegung die besten Dienste leisten. (Bravo!)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß nach der Geschäftsordnung den Debatterednern nur 10 Minuten Redezeit zur Verfügung stehe.

Fischer-Brieznitz stellt den Antrag, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes freie Redezeit zuzulassen.

Gradnauer-Berlin: Auf dem Dresdner Parteitage haben wir die Redezeit ebenfalls unbeschränkt gelassen. Hinterher ist aber die Ansicht aufgetaucht, man habe damit keine guten Erfahrungen gemacht. Ich glaube, es wird auch hier heute genügen, wenn man anstatt der unbeschränkten Redezeit eine solche von 20 Minuten einführt.

Der Antrag Gradnauer, eine Redezeit von 20 Minuten einzuführen, wird angenommen.

Müller-Glauchau: Zu denjenigen Wahlkreisen, die Anlaß zu Klagen geben, weil sie bezüglich der Beitragsleistung den Beschlüssen der Landeskonferenz in Mittweida nicht nachgekommen sind, gehört auch der 17. Kreis. Nach der Aufstellung des Zentralkomitees soll bei uns ein wöchentlicher Beitrag von 3 Pf. erhoben werden. Das mag im Durchschnitt stimmen, wir haben aber auch eine Reihe Ortschaften, in denen höhere Beiträge erhoben werden. Man muß auch bedenken, daß der 17. Wahlkreis zu den ärmsten Sachsens gehört; wir haben nur mit Weberbevölkerung zu rechnen und es ist bekannt, daß diese wirtschaftlich sehr schlecht steht. Wir werden aber der Frage der Beitragserhöhung näher treten und wir hoffen, der nächsten Landeskonferenz einen befriedigenden Bericht darüber geben zu können. Man hat einzelnen Wahlkreisen Vorwürfe gemacht, man müsse aber auch die Fehler rügen, die das Zentral- und Agitationskomitee begehen. Nach meiner Ansicht hat man im Fall Göhre den richtigen Weg nicht eingeschlagen. Es kann auf keinen Fall gebilligt werden, daß die Chemnitzer Parteigenossen erklärt haben, wenn die Kandidatur Göhre aufrecht erhalten wird, bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen. So weit durfte man nicht gehen; es ist richtig, daß man gegen Personenkultus Front machen muß, aber man darf auch nicht alles rücksichtslos aufs Spiel setzen. Wir im 17. Kreise haben einen Fehler darin gefunden, daß man überhaupt zur Kandidatur Göhre überging. Wir haben die Köpfe geschüttelt und es für unmöglich gehalten, daß man im 20. Kreise wirklich Göhre aufstellen würde. Aber so weit durfte man es trotzdem nicht treiben, wie man es getrieben hat. Ich glaube nicht, daß beim Fall Göhre der Revisionismus in Frage kommt und der Revisionismus einen so großen Einfluß auf die Reichstagsfraktion ausübt, wie es Genosse Sindermann hingestellt hat. — Eine mißliche Erscheinung in der Partei ist der Rednerlentenmangel, wodurch die Agitation sehr erschwert wird. — Was die Beitragserhöhungen anbelangt, so möchte ich noch betonen, daß man vermeiden muß, allzu große Sprünge zu machen. Man muß die Beiträge nach und nach erhöhen, dann wird es nicht schwer fallen, den Mittweidaer Beschluß durchzuführen.

Der Vorsitzende Riemann stellt folgende Anträge zur Debatte:

1. Antrag der Parteigenossen des 5. Kreises von Dresden-A.: Die Landeskonferenz möge beschließen: „Für die sozialdemokratischen Vereine Sachsens sind einheitliche Mitgliedsbücher zu schaffen. Diese Mitgliedsbücher sollen enthalten: das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das Organisationsstatut der Partei Deutschlands und dasjenige von Sachsen, das Statut des Vereins."
2. Parteigenossen des 7. Kreises, Großenhain: Der § 5 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: „Innerhalb eines Reichstagswahlkreises werden die Organisations- und Agitationsangelegenheiten selbst geregelt. Die Aufstellung der Reichs- und Landtagskandidaten unterliegt der Vereinbarung der Wahlkreisorganisationen mit dem Agitationskomitee, dem der Kreis angehört, und dem Zentralkomitee."
3. J. Scheib und Genossen, Leipzig-Ost: Die Landeskonferenz wolle beschließen: „das Organisationsstatut dahin zu ändern, daß für die Zukunft jeder Wahlkreis nur zwei Delegierte zu entsenden hat."
4. Parteigenossen in Frankenberg: Die Landesversammlung wolle beschließen: „jährlich zwei Flugblätter für sämtliche sächsischen Wahlkreise herauszugeben, in welchen über die politische Lage in Deutschland Aufklärung gegeben wird."

Die Anträge werden bis auf den letzten (Frankenstein) genügend unterstützt; der letzte Antrag ist erledigt, weil er die erforderlichen zehn Stimmen Unterstützung nicht gefunden hat.

Zur Begründung des Antrags unter 1 (Dresden-Altstadt) erhält das Wort

Holzapfel-Dresden: Der Antrag spricht für sich selbst. Daß er durchführbar ist, zeigen die Beispiele in Bayern und Württemberg, wo einheitliche Mitgliedsbücher längst eingeführt sind. Wir wünschen ferner, daß in dem Mitgliedsbuche auch das Programm Platz finden möge. Es ist gewiß ein Vorzug, wenn jedem Mitgliede bei seinem Eintritt unser Programm in die Hände gegeben wird. Man hat es auch mit den Mitgliedskarten versucht, es hat sich aber in den einzelnen Fällen gezeigt, daß der Platz nicht ausreicht. Da hat man sich damit begnügt, nur die Forderungen abzudrucken und die Grundsätze wegzulassen. Wenn die Genossen, die zu solchen Auswegen greifen, von gewisser Seite erwähnt würden, würden sie mit in den revisionistischen Sumpf geworfen werden. In einer Zeit, wo man die Behauptung oft hören kann, unsre Partei sei nur nach der Breite aber nicht nach der Tiefe gewachsen, halte ich unsern Antrag für empfehlenswert und zeitgemäß.

Thielemann-Grossenhain (zur Begründung des Antrags der Genossen aus dem 7. Wahlkreise): Die Veranlassung zu diesem Antrage sei der Fall Göhre gewesen. Wir im 7. Reichstagswahlkreise stehen auf dem Standpunkt, daß die Kandidatenfrage nicht nur Sache eines einzelnen Kreises, sondern in erster Linie Sache der Gesamtpartei ist. Es ist notwendig, daß dem Zentralkomitee das Recht zugestanden wird, in bestimmten Fällen bei der Kandidatenaufstellung ein Wort mit hineinzureden. Wir sind der Meinung, daß die Parteidisziplin die Stütze ist, auf der die Schlagfertigkeit und das Ansehen der Partei beruht, und daß es vor allem Pflicht der Parteigenossen ist, Disziplin zu halten. Ich bitte Sie, aus diesen Gründen unseren Antrag anzunehmen.

Bauer-Leipzig (zur Begründung des Antrags Scheib): Der Antrag Scheib u. Gen. sei Spartankeitsrücksichten entsprungen. Wenn nur zwei Delegierte entsandt werden dürfen, würden die Ausgaben kleiner werden.

Nietzel-Zschopau: Ich halte es in erster Linie für notwendig, zu erklären, was uns dazu gebracht hat, zur Aufstellung des Genossen Göhre zu kommen. Ich halte es besonders deshalb für notwendig, weil man in einigen Kreisen Resolutionen über diese Angelegenheit beschlossen hat, die zeigen, daß man nicht richtig informiert ist. Es ist nicht richtig, daß wir uns von der Ansicht hätten leiten lassen, eine Prämie auszusetzen für das, was Göhre im 15. Wahlkreise getan hat. Wir sind nicht ohne weiteres zur Aufstellung des Genossen Göhre gelangt, wir haben uns vielmehr vorher erkundigt, wie man in anderen Parteikreisen, wie leitende Parteigenossen über die Aufstellung denken. Wir haben das Zentralkomitee schon beim Begräbnis Rosenows über die Stimmung und die Verhältnisse im Kreise unterrichtet. Es ist von den in Berlin zum Begräbnis anwesenden Parteigenossen des 20. Wahlkreises, in Berlin eine Sitzung abzuhalten, um die Kandidatenfrage zu besprechen, angeregt worden. Die Sitzung hat stattgefunden, es hat sich aber außer den Genossen des 20. Wahlkreises niemand daran beteiligt als Genosse Hähne aus Chemnitz. Wir haben dann, als sich in Berlin nichts erzielen ließ, an die leitenden Parteikreise geschrieben, daß sie Vorschläge machen sollen; wir haben ihnen auch mitgeteilt, welche Stimmung im Kreise herrscht. Genosse Spindler ist in Chemnitz gewesen und hat darauf gedrungen, die Kandidatenfrage so bald als möglich zu erledigen, weil die Zeit dränge. Wir hatten damals im ganzen Wahlkreise nur zwei Versammlungslokale, wir mußten damit rechnen, daß die Organisation schwach ist und wir auch sonst unter ungünstigen Verhältnissen in den Wahlkampf eintreten mußten. Es galt also, so bald als möglich in die Wahlagitation einzutreten. Man macht uns jetzt Vorwürfe, aber nach der Reichstagswahl im vorigen Juni hat selbst die Chemnitzer Volksstimme zugeben müssen, daß kein Wahlkreis in Sachsen so viel Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten hat als der 20. Kreis. Das ist doch ein Zeichen, daß wir nicht auf der faulen Haut gelegen haben, wie es hier dargestellt wurde. Es hat dann eine Sitzung der Vertrauensleute des Kreises stattgefunden; ich war der Einzige, der gegen die Aufstellung Göhres war. Nachdem ich aber sah, daß alle Vertrauensleute für Göhre waren, habe ich erklärt: wir müssen uns nun alle hinter Göhre stellen und auch darauf sehen, daß er keine Fehler wieder macht. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß es für Göhre kein Zurück mehr giebt; seine ganze Tätigkeit läßt erkennen, daß er keine solchen Sprünge mehr machen wird und kann. Ein schwerer Fehler und bedauerlich ist es, daß uns die Chemnitzer erklärt haben: wenn Ihr Göhre aufstellt, bekommt Ihr von uns keinen Mann und keinen Groschen. (Lebhafte Zurufe aus der Mitte der Zuhörer und bei einem Teile der Delegierten. — Der Vorsitzende Riemann weist die Zuhörer darauf hin, daß sie kein Recht zu irgend welchen Kundgebungen zu den Ausführungen der Redner haben.) Der Vertrauensmann Lehmann aus Olbernhau hat den Chemnitzern zugerufen: „Nun wohl, dann werden wir den Wahlkampf selbst durchführen." (Bravo!) Ich habe aber doch geltend machen müssen, daß das nicht ginge, sondern daß wir die Hilfe der Chemnitzer unbedingt brauchten. Es hat dann eine andere Sitzung stattgefunden, in der die Kandidatenfrage nochmals eingehend erörtert wurde. Es haben sich in dieser Sitzung 29 Vertrauensmänner für Göhre erklärt; nur zwei haben für andere Kandidaten gestimmt. Nun hat Sindermann gesagt, er hätte sich mit Göhre bereits früher auseinandergesetzt und ihn dabei zu bewegen gesucht, zurückzutreten. Wenn Göhre aber verzichtet hätte, hätte man ihm sicher wieder Vorwürfe gemacht, wie bei der Mandatsniederlegung im 15. Wahlkreise. Ich will noch konstatieren, daß uns Göhre nicht nachgelaufen ist; er ist uns vielmehr aus dem Wege gegangen. Es haben an ihn einige Parteigenossen Briefe geschrieben, aber gerufen haben wir den Genossen Göhre erst, als die Parteiversammlung in Gelenau seine Aufstellung endgültig beschlossen hatte. Nun ist gesagt worden, unser Verhalten widerspreche aller Gepflogenheit und Parteitradition. Ich kann das nicht [illegible] Wir haben doch getan, was bisher üblich war, wir haben [illegible] ständigung mit den Komitees gesucht. Ja, es ist uns selbst vom Parteivorstand durch Pfannkuch erklärt worden, als wir uns in der Kandidatenangelegenheit an ihn wandten: „Wir mischen uns nicht hinein; [illegible] Wahlkreis ist souverän. Wir mischen uns nur dann hinein, wenn [illegible] uns einen Kandidaten bringt, der moralisch nicht ganz einwandfrei [illegible] Unter solchen Umständen haben wir geglaubt, bei der Kandidatenaufstellung alles getan zu haben, was uns die Parteipflicht auferlegt. — Was über die Organisation unseres Wahlkreises gesagt worden [illegible] mag richtig sein; man sollte aber auch bedenken, daß die Bevölkerung unseres Kreises in traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, daß [illegible] Löhne traurig niedrig sind. Das erschwert uns die Agitation. Es [illegible] hervorgehoben worden, daß es noch zahlreiche Orte im 20. Wahlkreise [illegible] gibt, wo die Volksstimme überhaupt noch nicht gelesen wird. [illegible] solchen Umständen ist es doch ganz ausgeschlossen, daß wir Mitglieder für unsere Organisation in solchen Gegenden werben können. Ich [illegible] aber der Ansicht, daß unsere Niederlage nicht auf unsere schwache Organisation zurückzuführen ist, sondern daß die Hauptschuld das hiesige Komitee trägt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Zuhörern und einem Teile der Delegierten.) Wir haben nicht geglaubt, daß es so weit kommen könnte, daß die Erklärung des Komitees in den Parteizeitungen veröffentlicht werden würde, wie es geschehen ist. Genosse Sindermann hat gesagt, er hätte vorher mit Göhre gesprochen. Ich möchte wissen, wenn das gewesen ist. Dagegen ist mir bekannt, daß an dem Sonntage, an dem Sindermann zu der Parteiversammlung in Gelenau gefahren ist, ihm vom Genossen Riemann-Chemnitz auf dem Bahnhofe erklärt worden ist: „Aus der Geschichte wird nichts, [illegible] lassen wir uns nicht gefallen." (Unruhe.) Uns aber haben selbst Parteiordnete in Berlin gesagt, Göhre wäre der geeignetste Kandidat [illegible] unseren Wahlkreis. (Lebhafte Zurufe einiger Reichstagsabgeordneter: Wer ist das gewesen; wer war das?) Wir haben daher nicht geglaubt, Fehler zu begehen, wenn wir Göhre aufstellten. — Es hat sich [illegible] lich eine Sitzung der Komitees, die in Leipzig gelegt hat, mit der Kandidatenangelegenheit beschäftigt. Man hat sich dort gegen [illegible] Kandidatur erklärt und auch die bekannte Erklärung beschlossen, [illegible] uns zu hören. Es wäre besser gewesen, wenn man auch die Angeklagten gehört und uns zu der Sitzung zugelassen hätte. (Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, dann wäre es anders gekommen und wir ständen jetzt nicht vor der Niederlage. Ich bin der Ansicht, daß ein Weg gefunden werden muß, solche unangenehme Vorkommnisse zu vermeiden. Von den Agitationskomitees [illegible] hoffen wir, daß sie uns auch ferner unterstützen werden. Wir dürfen keine Zeit verlieren, wir müssen schon in diesem Jahre wieder in die Agitation eintreten und mit aller Macht dahin streben, das Verlorene wieder zu gewinnen. — Ich muß noch erklären, daß Genosse Sindermann viel zu anständig gegen die Antisemiten gewesen ist; ich habe Vorträge von ihm gehört, die man als Mustervorträge bezeichnen konnte. [illegible] wenn man sich mit Zimmermann und Genossen herumschlagen muß, dann hätten auch andere Redner besser am Platze sein müssen. [illegible] haben einige Versammlungen nicht abhalten können, weil uns Referenten sitzen gelassen haben. Ich will hoffen, daß es in Zukunft anders wird. (Lebhafter Beifall.)

Demmler, 19. Wahlkreis: Nach dem Berichte des Zentralkomitees könnte es fast scheinen, als sei der 19. Kreis der „allerärmste" in ganz Sachsen (Heiterkeit), weil es dort heißt: wöchentlicher Beitrag [illegible] Aber wir haben den ganzen Wahlkampf aus eigenen Mitteln bestritten, in einer halben Stunde ist der ganze Wahlkreis mit Flugblättern versehen; wir haben bei der Landtagswahl 400 M. ausgegeben und [illegible] jährlich 200 M. nach Berlin. Und dann ist es uns eine besondere Aufgabe gewesen, der Volksstimme einen tüchtigen Abonnentenstand zu verschaffen. Der Beschluß, einen Beitrag von 5 Pf. zu erheben, [illegible] auch durchgeführt werden, aber die Kreisversammlung hat beschlossen, es sei besser, es vorläufig beim alten zu lassen. Aber man kann trotzdem auf unsern Kreis verlassen, er ist festes Besitztum der [illegible] wenn auch noch in die Tiefe ausgebaut werden kann. Der erste [illegible] bei der Wahl im 20. Kreise war jedenfalls, überhaupt von Göhre reden (Zustimmung); alles folgende war nur die Konsequenz des ersten Fehlers. Ein Wahlkreis, der einzig an die Persönlichkeit des Kandidaten gebunden ist, hat keinen großen Wert. Wir wollen Sozialdemokraten, keine Mitläufer. (Sehr richtig.)

Fischer-Dresden: Bei dem Falle Göhre handelt es sich nicht [illegible] die Frage, ob mit Göhre der Kreis gewonnen wäre, sondern darum, ob die Komitees das Recht hatten, in der Weise einzugreifen. [illegible] trifft nicht zu, wenn Genosse Sindermann glaubt, der § 12 [illegible] ihnen das Recht, ein Veto einzulegen. Es ist nicht richtig, daß [illegible] Landeskonferenz die Kandidaten aufgestellt hat, sie sind dort [illegible] proklamiert worden. Als in Leipzig Göhres Kandidatur zur Hauptwahl besprochen wurde, hat man den Grundsatz, jeder Wahlkreis sei autonom, respektiert. Gewiß soll das Agitationskomitee den Kreisen mit Rat und Tat zur Seite stehen; aber was jetzt geschehen ist, ist etwas anderes. Die demokratische Freiheit ist nur durch das Gesetz, unser Programm begrenzt, niemals aber durch die Willkür einzelner Personen. (Unruhe und Zustimmung.) Innerhalb der gegebenen Grenzen muß größte Selbständigkeit erhalten bleiben. Was soll geschehen, wenn ein Kreis mit einem Vorschlag an das Komitee herantritt und das Komitee sagt: Nein, diese Kandidatur ist nicht von Vorteil, während die Parteigenossen auf ihrem Standpunkt beharren? Wer soll dann entscheiden? — Das Programm! Es ist eine unfeine Kampfesweise gewesen, daß gelegentlich nicht von dem Genossen, sondern von dem „Pastor" Göhre gesprochen worden ist. Göhre ist ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, und bis jetzt war es mir neu, daß es zwei Klassen von Genossen geben soll.

---

der Abteilung A sprach Professor Dr. Crissmann (Zürich) über Orientierung der Schulgebäude, Hauptlehrer Meyer (Hamburg) über transportable Pavillons als Schulstätten der Zukunft, Ingenieur Wegedüs (Budapest) über die neueren Schulbauten in Budapest, städtischer Oberbaurat Weber (Nürnberg) über: Technische Grundsätze für den Bau von Volksschulhäusern in Nürnberg. In der Abteilung B sprach Dr. med. Benda über: Maß der Lehrpensen und Lehrziele an höheren Unterrichtsanstalten, Dr. med. Weyl (Charlottenburg) über: Niederhaltung des Genies durch den Schulbetrieb, Sanitätsrat Dr. med. Wildermuth (Stuttgart) über Schule und Nervenkrankheiten. In der Abteilung C sprach Dr. med. Hartmann (Berlin) über die Erziehung des Volkes zur Gesundheitspflege durch den Schularzt. In der Abteilung D sprach Dr. med. Cairsfeld (Nürnberg): Zur physischen Entwicklung des Kindes während der ersten Schuljahre. In der Abteilung E gelangten mehrere medizinische Fachvorträge zur Erörterung. In der Abteilung F sprach Hilfsschulleiter Kielhorn (Braunschweig) über: Die Gesundheitspflege in der Hilfsschule, Dr. med. Stadelmann (Würzburg) über: Wie kann die unterrichtliche Behandlung abnormer Kinder die Prophylaxe der Nerven- und Geisteskrankheiten unterstützen?, Dr. med. Guzmann (Berlin) über den Einfluß der Schule auf die Sprachstörungen.

In der Abteilung G sprach Lehrer Berninger (Wiesbaden) über: Organisation von Elternabenden. Die Ausführungen des Redners gipfelten in folgenden Leitsätzen: „1. Erziehung und Unterricht sind um so fruchtbringender, je mehr Elternhaus und Schule in gegenseitigem Verständnis zusammenwirken. 2. Ein besonderes Mittel, das Zusammenwirken von Schule und Haus wesentlich zu fördern, sind die Elternabende. 3. Richtig geleitete Elternabende sind für Eltern und Lehrer, ganz besonders aber für die Kinder von großem Segen; ihre Einrichtung ist darum für alle Schulgattungen zu erstreben. 4. Den Mittelpunkt der Elternabende bildet stets ein Vortrag über ein der Erziehungskunde, der Gesundheitslehre u. a. m. entnommenes Thema. Es ist zu erstreben, daß an der sich anschließenden Debatte sich auch die Eltern rege beteiligen. Kommen außer dem Vortrag noch Deklamationen, Gesänge usw. zu Gehör, so müssen dieselben tunlichst in nahem Zusammenhange mit dem Vortragsthema stehen. 5. Es ist wünschens- und erstrebenswert, daß sich zu den Elternabenden außer Eltern und Lehrern auch Geistliche, Mitglieder der Schuldeputationen und Schulkommissionen, Aerzte und besonders Schulärzte, Vaterländer u. a. m. einfinden und durch Uebernahme von Vorträgen, sowie durch Teilnahme an den Debatten ihr Interesse an einer gesunden Jugenderziehung bekunden."

Oberlehrer Roller (Darmstadt) sprach danach über: Die Beschäftigung der Schüler der höheren Lehranstalten außerhalb der Schule vom gesundheitlichen Standpunkt aus betrachtet. Der Redner war der Meinung, daß die Schüler im allgemeinen geistig überbürdet seien. Ganz besonders seien die Schüler durch den Konfirmationsunterricht, und die Schüler jüdischer orthodoxer Eltern, die privatim Religionsunterricht erhalten, geistig überbürdet. Ein großer Uebelstand sei der Nachhilfe-Unterricht, die Stenographiestunden, der Handarbeitsunterricht der Mädchen, ganz besonders aber die Mithilfe der Schüler und Schülerinnen im elterlichen Beruf, wobei die Kinder oftmals die unsittlichsten Gespräche anhören müssen. Die Beschäftigung der Schüler außer dem Hause dürfe nicht länger als zwei Stunden täglich betragen.

---

m. **Der große Theaterskandal in München** anläßlich der Privataufführung von Frank Wedekinds Büchse der Pandora durch den Dramatischen Verein scheint böse Folgen haben zu sollen. Es verlautet nämlich, daß die Polizei beabsichtigt, künftighin auch geschlossene Vereinsaufführungen unter Zensur zu stellen. Das wäre sehr bedauerlich, wenn jedes dramatische Werk auf Gnade oder Ungnade dem Rotstift ausgeliefert würde. Aber unter einer schwarzen Regierung ist in Bayern alles möglich.

Der bekannte Musikschriftsteller Dr. Paul Marsop fordert zur Gründung einer Musikalischen Volksbibliothek in München auf. Eine begrüßenswerte Idee von hohem Kulturwert. Ueber das, was in diese neue Quelle zur Volksbildung fließen soll und was nicht, gibt sein Aufruf in charakteristischer Weise Aufschluß: „Es gibt in München eine beträchtliche Anzahl von Kunstfreunden, die, Raummangels wegen oder weil sie im Laufe der Jahre ältere Ausgaben bestimmter Werke durch bessere neue ersetzt haben oder zu ersetzen gedenken, einer musikalischen Volksbibliothek zur Verfügung stellen werden, was sie nicht mehr brauchen. Oberflächlicher Unterhaltungsware, dem ganzen Pariser und Wiener Operetten-Abhub, sentimentalen Schmarren in der Art der Abt, Rücken und des aufgeschminkten Schnaderhüpfls: all' dem widerwärtigen Zeug, dessen geschmackverderbende Wirkung ohnedies so viele redliche künstlerische Anstrengungen lahmlegt, wäre selbstverständlich in einer Volksbibliothek kein Zoll breit Boden einzuräumen. Wer aber die Schöpfungen der Klassiker, der ernsten Romantiker, wer kunstwürdige Tondichtungen der Neuen symphonischen, dramatischen, lyrischen Charakters in der Originalgestalt oder in Klavierauszügen stiften, wer verständig zusammengestellte Liedersammlungen mit Gesängen älterer und neuerer Meister, schöne, mehrstimmige Vokalkompositionen, wer bewährte Studienwerke für Gesang und alle Orchesterinstrumente, wer heitere Musik für innerlich anständige Menschen, wer die Walzer von Lanner, von Johann Strauß Vater und Sohn beisteuern will: der wird sich um die gute Sache ein rechtes Verdienst erwerben."

Die neue, im Gärtnertheater Ostersonntag als Uraufführung herausgekommene Operette: Die Millionenbraut, Text von Willner, Musik von Heinrich Berté, erwies sich als ein fade, geschmackloser Aufguß der Wiener Niedergangs-Operette à la Reichert, hatte aber trotzdem, oder deswegen, einen lauten Amüsementserfolg.

Vorträge. Sonnabend den 9. April, abends 8½ Uhr wird der Verein für Volksbildung, Amalienstraße 12, 1. Etage, über „Zur Frage einer gewissen Reform der Bildungsvereine im Sinne der Belebung und Impulsgebung" der durch seine sozial-ethische Reformen anstrebenden Schriften bekannte Dresdner Schriftsteller C. Th. Schulz sprechen. Gäste willkommen.

Dresdner Kunstchronik. [Theater.] Mitteilungen aus dem Bureau der Kgl. Hoftheater. Für Frl. Gabor, die erkrankt ist, wird in der Vorstellung des Lustspiels Nur für Leutnant Donnerstag den 7. April Frau Basté die Rolle der Frau spielen. — In der letzten Aufführung der Deutschen Kleinstädter hat Frl. Lane die Rolle der Sabine rasch übernommen.

[Im Kgl. Kunstgewerbemuseum] werden am 8. April von 10 bis halb 5 Uhr die zur Weltausstellung in St. Louis bestimmten Uhren, Werke, Gehäuse usw. der Firma A. Lange & Sohn, Deutsche Uhrenfabrikanten in Glashütte, ausgestellt.

Frauen als Soldaten der französischen Revolution. Es ist bekannt, daß während der französischen Revolution begeisterte Frauen in die Armee eintraten und neben den Männern kämpften. Die [illegible] meisten genannte ist die namentlich durch Sardous Stück populär gewordene Madame Sans-Gêne. Das Drama verschmilzt aber zwei ganz verschiedene Personen in eine einzige Gestalt. Die historische Madame Sans-Gêne hieß mit ihrem wirklichen Namen Therese Figueur. Sie diente in zwei Dragonerregimentern und machte als Soldat, nicht als Marketenderin, die Feldzüge der Revolution und des Kaiserreichs mit. Bisher waren 21 Frauen mit Namen bekannt, die in den Revolutionsheeren dienten. In der letzten Versammlung der französischen Gesellschaft für Revolutionsgeschichte hat Herr Gerbaux an der Hand der Konventsprotokolle 11 weitere namhaft gemacht und den Lebenslauf der Trägerinnen geschildert. Zwei Frauen, Frl. de Fernig dienten im Heere Dumouriez', der sie seine Kinder nannte. Ebenso reizend wie unerschrocken, zeichneten sich die jungen

gesagt worden. Göhre müsse sich erst die notwendige Festigkeit an... Über wer entscheidet, wann und ob er sie gewonnen hat? ... alles ein Produkt der Verhältnisse ist, deren Entwicklung beein... so muß auch hier untersucht werden, was für Verhältnisse hier ... haben. Ich habe russische Revolutionäre gekannt, die abso... als der Zar waren, weil sie keine Meinung neben der ihren ... wollen. Uns ist das sächsische und preußische Regierungs... der militaristische Geist zu sehr in Fleisch und Blut über... Leipzig und Dresden würden keinen Einspruch in ihre ... dulden. (Zurufe.) Auch die demokratischen Ein... haben ihre Nachteile. Gewiß, Göhre hat Fehler begangen, ... wer hätte das noch nicht getan? Man darf ihm nachher nicht die ... Ehrenrechte aberkennen wollen; es ist schon viel schwereren Sündern ... doch verziehen worden. Aber man hat ihm die Ehrenrechte ... nicht die Gesamtheit, sondern eine autokratische ... Behörde. Man hätte Göhre vor die Landeskonferenz laden können ... und ihm gehörig den Kopf waschen, aber man durfte nicht vorher in ... autokratischer Weise eingreifen. Das hat der Parteivorstand nie ... er hat immer den Standpunkt eingenommen: die Wahlkreise ... selbständig. Nicht Personen, sondern Gesetze müssen regeln — ... ist Demokratie.

Die Autonomie der Wahlkreise kann und darf nicht Besitzrecht ... Personen sein. Wenn Sindermann sagt, das Zentralkomitee ... das Gesamtwohl der Partei, müsse sich über die Wahlkreise ... so ist das ebenso eine Redensart als wenn die Regierung sagt, ... über den Parteien. Die Komitees sind nichts als aus... Behörden, ihre Mitglieder sind keine Aristokraten, keine Allein... die berufen wären, die Dummheiten anderer zu korrigieren. Das entscheidende ist, die Wahlkreise sind innerhalb der gesteckten Grenzen ... und regeln ihre Angelegenheiten selbst. Daraus entspringt ... Gefahr für die Allgemeinheit, französische Verhältnisse werden sich ... nie entwickeln. Dort ist die Masse von der Freiheit durch... läßt sich von keiner Seite Vorschriften machen und sich auch ... unter einen Hut bringen. Unsere gute Disziplin ist eine deutsche Sache, die in deutschen Verhältnissen begründet liegt. Aber wir wollen ... Genossen nicht zu Landsknechten machen, sondern sie innerhalb der Grenzen, die wir uns selbst gezogen haben, zu freien, unabhängigen ... erziehen. Wir wollen keine Behörden, die dirigieren; man ... unsere Leute vor den Kopf, wenn man ihnen in der Weise Vor... machen will. Ich bitte Sie darum, den Antrag aus dem ... Kreise abzulehnen; er würde zu ganz falschen Vermutungen führen, ... in Zukunft wird kein solcher Fall wieder vorkommen.

Lehmann-Olbernhau: Wäre der Kampf im 20. Wahlkreise ge... würden die Wogen schon geglättet sein; jetzt glaubt man, die ... des 20. Kreises bevormunden zu müssen, da sie für den Verlust ... Mandates die Verantwortung trügen. Allerdings ist die Organi... in dem Kreise sehr locker; in früherer Zeit ist der Wahlkreis ... das Stiefkind der sächsischen Sozialdemokratie gewesen, aber in ... letzten Jahren sind Fortschritte gemacht worden und der Wahlkreis ... nicht so schlecht, wie er hingestellt wird. Wir waren sogar schlag... als manche Genossen. Als wir mit ihnen wegen der Kan...frage Fühlung nehmen wollten, hieß es, es habe keine solche ... Wir aber haben schon beim Begräbnisse Rosenows noch auf dem ... die Frage erörtert, was nun zu tun sei. Wir wußten, daß ... 20. Kreis am schwersten zu bearbeiten ist. Wir brauchten für die ...kerungsschicht unseres Kreises einen tüchtigen Agitator; Göhre war ... Wahlkreis bekannt. In Berlin war nichts zu erfahren und darum ... wir auf Grund des § 3 berechtigt zu sein, den Kandidaten ...zustellen, den wir für den geeignetsten hielten. (Zustimmung.) Für ... war auch maßgebend, ob Göhre vollgültiger Parteigenosse sei. ... zweiter Klasse kennen wir nicht und der Beweis für seine ...gültigkeit war für uns erbracht. Nach der Niederlegung seines ... hat er ohne Widerspruch zu finden zu den preußischen Land... kandidiert und in Zehlendorf bei Berlin als Gemeindevertreter. ... Berlin haben wir Abgeordnete bestätigt, Göhre sei Parteigenosse ... wie vor. Im 20. Kreise haben wir seine Mandatsniederlegung ... verurteilt, aber wenn er Parteigenosse ist und als solcher gilt, ... uns nichts hindern, seine Kandidatur zu nominieren. Wir sind ... 20. Kreise nicht so weit zurück, daß wir uns Bevormundung gefallen ... müßten. Allerdings sind uns verschiedene Vorschläge gemacht ... aber trotzdem haben wir auf Göhre bestanden. Karl Riemann ... im Kreise bekannt, aber er ist für unsere Erzgebirgler ein wenig zu ... (Heiterkeit.) Pinkau galt für uns nicht als die geeignete agi...torische Kraft; wir wollten nicht auf die Gefahr hin die Versuchs... zu sein, unseren Kreis verwirrelen; ähnliche Bedenken hatten ... gegen die übrigen. Moralische Verfehlungen waren Göhre nicht ...zuweisen, selbst Bebel äußerte mir gegenüber: ich habe gegen Göhre ... einzuwenden, ich schätze seine Ueberzeugungstreue, die besser ist ... die manches anderen. Und als die Frage der Mitarbeiterschaft ... der Volksstimme zur Frage kam, äußerte Bebel: Göhre soll arbeiten, ... verbietet ihm niemand. Göhre hat sich an der Agitation beteiligt, ... hat seine Arbeitskraft in Anspruch genommen und er hätte bis ... Wahltage ausgehalten, wenn er nicht krank geworden wäre.

Bis 1898 hat man im 20. Kreise nur in Ortschaften agitiert, ... mit der Eisenbahn zu erreichen waren. Erst durch Rosenows Haus... von Dorf zu Dorf, von Stube zu Stube sind wir Schritt für ... vorwärts gedrungen. Lernen Sie den Wahlkreis kennen und ... werden Rosenows Werk schätzen lernen, von dem man gesagt hat, ... erreicht worden mit dem Programm in der Tasche. Haben doch ... Abgeordnete gesagt: nach Eurer Wildnis kommen wir nicht wieder; ... unserer aufreibenden Arbeit will man uns vergewaltigen und ... höchstes Recht mit Füßen treten. In Wahlkämpfen sagen wir ... Masse, das Wahlrecht sei in Gefahr und hier ist die Parteiinstanz ... denselben Wege und sagt: wir diktieren und ihr müßt gehorchen.

Trotzdem haben wir als rechte Sozialdemokraten den Mut nicht sinken lassen und ich wundere mich, auch daß unter so erschwerenden Umständen so große Erfolge errungen werden konnten. Die Wähler Pinkaus sind Rosenows Werk; der 20. Wahlkreis ist kein Sibirien, das noch von keiner Kultur beleckt wäre. (Heiterkeit.) Ich will betonen, daß die Gegner wüßte Agitation betrieben haben, aber das Material dazu ist ihnen durch das Eingreifen des Agitationskomitees geliefert worden. Ohne sein Eingreifen wäre es Zimmermann niemals gelungen, das Mandat zu erringen. Die Gegner haben gesagt: „So steht es mit der Freiheit der Sozialdemokratie aus, und sie müßten dumme Kerle sein, wenn sie anders gesprochen hätten, und die Unzuverlässigen unter den Wählern sagen sich: „Was soll das erst werden, wenn die Partei zur Herrschaft kommt", und sind für uns verloren. Von Personen, die in der ganzen Sache mitgespielt haben, wollen wir nicht reden; aber die Parteiversammlung muß beschließen, wie es in Zukunft gehalten werden soll. Der Kreis wird die erlittene Schlappe wieder gut machen.

Gerisch-Berlin: Es war vorauszusehen, daß nach allem Vorangegangenen der Fall Göhre hier zur Sprache kommen würde. Es ist notwendig, in voller Ruhe und mit Kaltblütigkeit herauszuschälen, um was es sich eigentlich handelt. Fischer hatte Recht mit der Frage: geht die Autonomie eines Kreises bis zur absoluten Selbständigkeit oder haben wir eine Gesamtpartei? (Sehr richtig!) Ist der einzelne Wahlkreis die Zelle, wozu dann Parteitage? Ordnen die Wahlkreise ihre Angelegenheiten selbst, wozu verlangen wir dann von unseren Abgeordneten Berichterstattung und geben ihnen Direktiven? Jeder hat sich der Gesamtheit einzugliedern. Eine ganze Reihe von Zufälligkeiten hat mitgewirkt, das ungünstige Resultat herbeizuführen. Fischer und auch Heine in seinem bekannten Artikel haben behauptet, es sei System in der Sache. Aber ein solcher Vergleich, die Komitees hätten wie eine autokratische Behörde verfahren, wie eine Amtshauptmannschaft gehandelt, durfte Fischer nicht ziehen. Wir sind eine demokratische Partei und wenn das Agitationskomitee oder auch der Parteivorstand nicht mehr das Vertrauen der Genossen besitzt, werden wir einfach abgesägt. Seit dem Ausnahmegesetz ist es einmal vorgekommen, daß der Parteivorstand einem Kreise einen Rat gegeben hat, der auch beachtet worden ist. Damit sei denen gedient, die gern von einer bestimmten Richtung im Parteivorstande reden. Im Falle Göhre ist der Parteivorstand durch den Umstand zum Einschreiten bewogen worden, daß sich ein Parteigenosse über die einfachsten Pflichten gegen die Gesamtpartei hinweggesetzt hat. Ich fühle mich von jeder Animosität gegen Göhre frei und bedauere, daß er den Streich gemacht hat. Aber wenn es heißt Göhre habe „nur" das Mandat niedergelegt, muß ich darauf erwidern, daß Göhre in seiner Rechtfertigung ausdrücklich bemerkt, es sei nicht ein Akt der Verstimmung gewesen, sondern wohlüberlegt und er würde unter ähnlichen Verhältnissen augenblicklich den Schritt noch einmal tun! Es ist mir neu, daß Göhre zugegeben haben soll, er habe ein Fehler begangen!

Es ist gefährlich, einzelne Vorgänge zur Gelegenheitsgesetzmacherei auszunutzen und damit wäre denn auch der Antrag des 7. Kreises erledigt. Göhre hat sein Mandat niedergelegt, wie er Widerstand in der Partei gegen sich vermutete; aber der Widerstand ist nicht erst nach seinem unmotivierten Niederlegen gekommen. Hoffentlich bleibt der Fall Göhre nach der gründlichen Aussprache ein Einzelfall. Das entscheidende Wort muß die Gesamtpartei sprechen. Ich bin überzeugt, daß es dem Parteivorstand wenig danach verlangt, sich in die Selbständigkeit der Kreise einzumischen; aber wenn er angerufen wird, muß er auch das letzte Wort haben. (Zustimmung.) Er kann auch irren — aber er kann zur Rechenschaft gezogen werden.

Es wäre manchmal von Nutzen, wenn der Parteileitung mit zwei Zeilen Nachricht von diesem oder jenem gegeben würde; es blieben der Partei oft schwere Opfer und Kosten erspart. Aber man darf doch nicht von einer untergeordneten, geknechteten, vergewaltigten Masse reden, wenn sich der Parteivorstand im Interesse der Gesamtpartei zu einem Eingreifen veranlaßt sieht. Wenn eine Parteileitung nicht das allgemeine Vertrauen hat, ist sie verloren. Mißgriffe lassen sich verschmerzen, auf den Geist kommt es an; das hat uns groß gemacht und vorwärts gebracht. Gewiß, wir dürfen das Volksempfinden nicht verletzen; aber nur die Sentimentalen und Weichherzigen, die noch nicht wie wir Panzer und Hornhaut tragen, fühlen sich durch die Vorgänge im 20. Kreise und weiter durch die Vorgänge auf dem Dresdner Parteitage vor den Kopf gestoßen. Ich freue mich über die prachtvolle Sachlichkeit, in der die Auseinandersetzungen erfolgen. Im übrigen: es bleibt das alte Verhältnis; niemand will andere knechten und niemand will autokratisch regieren. (Beifall.)

Die Vormittagssitzung wurde um ½2 Uhr geschlossen.

•

Leider vermögen wir den Bericht nicht bis zum Abend fortzuführen, da uns der Eilbrief, der das Manuskript enthielt, zu spät zu Händen kam. Wir müssen uns daher auf das folgende kurze Referat über die Nachmittagssitzung beschränken:

Die Mandatsprüfungskommission stellte 58 Delegierte und 17 Reichstagsabgeordnete fest.

Unter den eingebrachten Resolutionen ist eine, die im Falle von Streitigkeiten bei der Kandidatenaufstellung zwischen Wahlkreis und Komitees die Entscheidung der deutschen Parteileitung zuweist.

Die Debatte über den Bericht des Zentralkomitees wird fortgesetzt. Sie dreht sich meist um den Fall Göhre. Gegen Göhre und den 20. Kreis reden u. a. Geyer, Goldstein, Fleißner, Schulze-Gossebaude, Hähle und Riemann-Chemnitz, während Grünberg, obzleich der Kandidatur Göhres abgeneigt, die Autonomie des Kreises unter allen Umständen respektiert haben will. Riemann rügt die lässige Wahlarbeit der Genossen im 20. Kreis und behauptet u. a., daß der Vertrauensmann Nietzeld-Zschopau erklärt habe: „Wir werden dafür sorgen, daß Pinkau nicht gewählt wird, dann wird man schon einsehen, was man angerichtet hat." (Heftige Protestrufe Nietzelds, große Unruhe.)

Nietzeld erklärt das in persönlicher Bemerkung für erlogen, worauf Riemann erwidert, wenn er belogen worden sei, nehme er die Behauptung zurück. Er werde aber die Sache untersuchen.

Um 6½ Uhr werden die Verhandlungen geschlossen, ohne daß die Debatte zu Ende gekommen wäre.

Stadt-Chronik.

Ein jähes Ende fand ein Delegierter des zurzeit im Volkshaus tagenden Kürschnerkongresses, Paul Littmann aus Lissa in Posen, der die dortige Zahlstelle des Kürschner-Verbandes vertrat. Man fand ihn heute früh 6 Uhr tot in seinem Bett. Ein Schlaganfall hatte dem Leben des erst 39 Jahre alten Mannes ein Ende gemacht. Littmann gehörte erst seit kürzerer Zeit der Gewerkschaftsbewegung an, der er sich aber mit großem Eifer widmete. Nun hat ein schneller Tod seinem Wirken ein Ziel gesetzt, fern von der Heimat, fern von seiner Lebensgefährtin, die mit drei Kindern um den Gestorbenen trauert. — Ehre dem auf dem Kampffeld der Arbeiterbewegung Gebliebenen!

Schöne Versprechungen. Dieser Tage hat der Polizei-Präsident Koettig bei seiner Einführung an seine Untergebenen u. a. folgende Worte gerichtet:

„Die Organisation der Polizeidirektion, meine Herren, nach welcher der Polizeipräsident sowohl den Oberbehörden gegenüber, wie überhaupt nach außen hin, als der für die Geschäfte allein Verantwortliche erscheint, bringt es notwendigerweise mit sich, daß die Auffassung, welche der Polizeipräsident über die Handhabung der Polizei hegt, für die übrigen Beamten durchaus maßgebend sein muß. Ich muß daher wünschen und erwarten, daß die Herren auch in denjenigen Sachen, die mir nicht vorgelegt werden, der Auffassung ihres Präsidenten allenthalben Rechnung tragen. Und diese Auffassung geht sachlich dahin, daß ich es immer als einen Vorzug der Polizei angesehen habe, daß sie neben dem Buchstaben des Gesetzes auch auf Zweckmäßigkeit und Billigkeit Rücksicht zu nehmen und so manche Kluft zu überbrücken in der Lage ist, die sich nur zu leicht zwischen Polizei und Publikum bildet. Darin, meine Herren, die Interessen des Staates in den Kompetenzen der königl. Polizeidirektion mit den berechtigten Wünschen der Einwohnerschaft und insbesondere des erwerbenden Teiles derselben jederzeit tunlichst in Einklang zu bringen, liegt die schwierige Kunst, aber auch die Aufgabe der Leitung der Polizei. Und was die Form in der Handhabung der Polizei anlangt, so werde ich einen ganz besonderen und hohen Wert darauf legen, und bitte dringend darum, daß die Beamten sich allenthalben dem Publikum gegenüber in der zuvorkommendsten und höflichsten Weise verhalten. Insbesondere gilt diese Aufforderung denjenigen Beamten, die mit dem Publikum am allermeisten in Berührung kommen, d. h. den Meldebeamten und der Gendarmerie. Das Verhalten dieser Beamten gibt zumeist die Grundlage zu dem Urteile ab, welches sich das Publikum über die Höflichkeit der Beamten und der Polizei überhaupt bildet; in deren Händen ruht also in dieser Beziehung ein gut Teil Verantwortung für das Ganze, und dessen muß sich ein jeder von ihnen jederzeit bewußt sein. Ueberhaupt, meine Herren, halten Sie, bitte, stets an dem Grundsatze fest, auf welchem ich voll und ganz stehe, daß die Polizei des Publikums wegen da ist, daß sie da ist zum Schutz und zur Unterstützung des Publikums, und daß das Publikum ein Recht hat, den Rat, die Hilfe und die Unterstützung der Polizei innerhalb ihrer Zuständigkeit überall und schnell und bereitwillig zu finden."

Schöne Worte über die Aufgaben der Polizei! Wenn die Taten ihnen nur einigermaßen entsprechen und die Polizei sich vor allem bemüht, ohne Ansehen der Person ihre Pflicht zu tun, so wird auch mehr und mehr die Abneigung, die bis dato die Funktionäre dieser Institution gegen sich haben, verschwinden. Eine loyale Auffassung seiner Aufgaben durch den obersten Leiter der Dresdner Polizei kann zweifellos viel zu einem erträglichen Verhältnis zwischen Publikum und Polizei beitragen.

Die hiesigen Aerzte tun sich ein Gütchen in Sympathieadressen an ihre um die „heiligsten Güter" kämpfenden Kollegen in Leipzig sowie in Eingaben an die Regierung. So legten die Herren in einer Eingabe an das Ministerium des Innern Verwahrung ein gegen die Verordnung der Kreishauptmann-

---

...gonen bei Jemmapes und namentlich bei Neerwinden aus, wo ... mit dem Säbel in der Faust die Flüchtlinge der Brigade Chancel ... Stehen brachten. Als Dumouriez zu den Oesterreichern über..., folgten sie ihm und zogen bald wieder die Tracht ihres Ge...chts an. Weiter ist zu nennen: Catherine Pochelet. Sie diente ... Kanonier. Bei Jemmapes wurde ihr ein Pferd unter dem Leibe ...schossen; sie wurde später zum Unterleutnant ernannt. Ferner: ...-Liberté Barreau, die in der Armee der Ostpyrenäen als Grena... in derselben Kompagnie wie ihr Mann diente. Sie nahm trotz ... Verwundung ihres Mannes an der Erstürmung einer Schanze ... teil. Rose Bouillon ließ ihre zwei Kinder bei ihrer Mutter ... und kämpfte als Freiwillige neben ihrem Manne in der Mosel...armee. Reine Chapuy trat mit 17 Jahren in die Kavallerie ein, ... Quatrefols mit 13 Jahren. Bei Hondschoote wurden zwei ... unter ihr erschossen.

Konzert. Der zweite Liederabend des Herrn Julius Muhr ... Dienstag zeigte keine anderen Züge, als der vor einigen Tagen ... erste. Warum er überhaupt stattfand, ist schwer zu ergründen. ... Muhr muß sich über seine Fähigkeiten stark im Unklaren befinden. ... hätte er nach dem Mißerfolge von letzthin sich nicht zum zweiten... denselben Fährlichkeiten ausgesetzt. Nochmals auf alle Unzurig... des Sängers einzugehen, liegt kein Grund vor. Das Programm ... wieder hübsch zusammengestellt. Und welch genußvolle Stunde hätte ... aus den Liedern von Schubert und Schumann und den Balladen ... Löwe bei größerem Gesangs- und Vortragsvermögen nicht ergeben ...! Am Klavier waltete wieder Herr Albert Ernt aus Wien ... Amtes als technisch gewandter Begleiter. -n-

Druckfehler-Berichtigung. Der Bruder Straubinger ... auch im Setzkasten seine tollen Streiche verübt und aus dem ... Worte tout (ganz) das deutsche „toll" gemacht, was an ... betreffenden Stelle nun keinen Sinn ergibt. Der erste Absatz der ...rechung der Operette im Zentraltheater heißt richtig: „Operetten... .... Ein glänzendes Haus — — dicht gefüllt — — tout ... — — Lebensvolles Treiben im Zwischenakt — — Smoking und ... Frauengewand — Gedränge .... Wie Weltstadt".

Hierbei sei noch gleich berichtigt, daß die Operettensängerin nicht ... Einding, wie durch eine Schreibflüchtigkeit angegeben, sondern ... heißt.

Kleine Mitteilungen. Holger Drachmann, der die letzte Krank... anscheinend gut überstanden hat, rächt sich heute an dem königlichen Theater in Kopenhagen für dessen wenig rücksichtsvolle Behandlung seines seinerzeit eingereichten neuen Dramas Die grüne Hoffnung. Das königliche Theater hatte das Stück schon angenommen und auch längere Zeit an dessen Einstudierung gearbeitet, als es plötzlich zu der Einsicht kam, daß es von der Arbeit keinen Gebrauch machen könne. Jetzt ist Die grüne Hoffnung von einem Privattheater zur Aufführung angenommen worden. Daß indessen nicht nur diese Bühne, sondern auch Angehörige des königlichen Theaters das Drama nicht für gänzlich unbrauchbar halten, entnimmt der Dichter aus der Tatsache, daß ein königlicher Schauspieler kürzlich den Clou des Stückes, das Heimatslied, gesanglich vortrug. Aus des Dichters Protest erkennt man seine Erregung über diesen „Diebstahl", der mit der Behandlung seines Dramas von seiten des königlichen Theaters nicht in Einklang gebracht werden könne. Auch scheint Drachmann selber dieses sein letztes Stück sehr hoch zu schätzen; er nennt es ein Stück guter dänischer Poesie.

Die französische Regierung hat durch ein Rundschreiben befohlen, daß die Christusbilder, die bisher noch in den französischen Gerichtssälen über dem Platz des Präsidenten hingen, zu entfernen seien. Infolgedessen sind am Karfreitag alle diese Gemälde herabgenommen worden. Diejenigen, die einen künstlerischen Wert haben, unter anderen der berühmte Christus von Memling im Pariser Justizpalast, werden dem Louvre überwiesen. Natürlich nennt die gesamte klerikale Presse diese Maßregel eine sinnlose Provokation. Der Gaulois vergleicht Combes mit Judas, Loubet mit Pontius Pilatus.

In Leipzig ist am Karfreitag Otto Böhtlingk, der Altmeister der indischen Philologie, 89 Jahre alt, gestorben. Mit Rudolf Roth hat er das große, siebenbändige Sanskrit-Wörterbuch herausgegeben; ferner veröffentlichte er u. a. die Uebersetzung der Sakuntala des Kalidasa und des Schauspiels Das irdene Wägelchen, das Werk über die Sprache der Jakuten und die Abhandlung über den Akzent im Sanskrit. Otto Böhtlingk war in Petersburg im Jahre 1815 geboren.

Der Mailänder Gemeinderat nahm eine Tagesordnung an, die auf den rapiden Verfall von Leonardo da Vincis Abendmahl hinweist und die Befürchtung ausdrückt, daß in kurzer Frist nicht einmal mehr Spuren des berühmten Freskogemäldes vorhanden sein werden; die Regierung wird darum aufgefordert, schleunigst Maßnahmen zur Erhaltung des Kunstwerkes zu treffen.

Von Spiro Samara, dem Komponisten der in Mailand und anderen Städten wiederholt aufgeführten Oper Storia d'Amore, welche in nächster Zeit auch in Deutschland zur Aufführung kommen wird, sind soeben im Verlag von C. F. Kahnt Nachfolger, Leipzig, leicht spielbare 6 Serenaden für Pianoforte erschienen.

Büchermarkt. Die Neue Musik-Zeitung (Verlag von Karl Grüninger in Stuttgart, Preis vierteljährlich M. 1,50) versendet Nr. 12 ihres 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt sind ein Aufsatz von Prof. Wilh. Weber: Die Thematik der Chöre in Bachs H-moll-Messe, ein Artikel, betitelt: Rich. Wagner im Lichte gegnerischer Kritik, eine mit Porträts versehene biographische Skizze der Vorstände der Dresdner Hofoper und eine Zusammenfassung der verschiedenen Meinungen über die Tantiemenfrage für Konzertaufführungen hervorzuheben.

Heft 14 der Neuen Zeitschrift für Musik (begründet 1834 durch Robert Schumann) Verlag von C. F. Kahnt Nachfolger, Leipzig, beschließt Dr. G. Münzer seine fesselnden Ausführungen über Marschner. Dr. M. Bauer bespricht mit warmen Worten die kürzlich erschienenen Briefe Hugo Wolfs an Hugo Faißt; ein Aufsatz über die Tantiemenfrage orientiert über den augenblicklichen Stand der Aufführungsrechtsfrage und enthält höchst wertvolle positive Vorschläge aus der Feder Dr. Georg Göhlers. Dem Heft liegt außerdem eine Musikbeilage, Siegmund Noskowski, op. 2, Nr. 2 bei.

Heiteres. Ein Mittel gegen eheliche Untreue. Der Frankf. Ztg. wird mitgeteilt: In den ersten Jahren meines Aufenthalts in der schwäbischen Residenz fiel es mir beim Besuchen des Marktes zu Ende der Fastenzeit stets auf, daß unter den in diesen Tagen zahlreich zum Verkaufe gebrachten Eiern sich sehr viele Gänse-Eier befanden, woraus ich schloß, daß es wohl im Württembergischen allenthalben Sitte sein müsse, den Kindern zum Osterhasen außer den üblichen gefärbten Hühnereiern auch ein ebensolches Gänse-Ei zu geben. Bald aber erfuhr ich, daß es mit diesem Verkauf von Gänse-Eiern eine andere Bewandtnis hat. Es herrscht nämlich hierzulande der Brauch, daß abergläubische Frauen dem Ehemann am Karfreitag morgen als erste Kost ein gesottenes Gänse-Ei vorsetzen, wodurch er während des kommenden Jahres vor ehelicher Untreue bewahrt bleiben soll.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040406/7
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft

schaft Leipzig, „da das Vorgehen der königl. Kreishauptmannschaft geeignet sei, das Recht der Aerzte zur Vereinigung bei der Verfolgung wirtschaftlicher und ethischer Interessen zu verkümmern“. — An dieser Eingabe sind beteiligt die Vorsitzenden der Vereinigung der Ortskrankenkassenärzte, des Vereins für freie Arztwahl, des Vereins gegen übereilte Einführung der freien Arztwahl, des ärztlichen Bezirksvereins und des Vereins für Vertretung ethischer und wirtschaftlicher Interessen.

Arbeiterlöhne und Bauspekulantentum. Zu diesem ständigen Kapitel lieferte wiederum eine Gewerbegerichtsverhandlung vom 31. März einen drastischen Beitrag. Die Maurer R. und E. Mühle und der Zimmerer Lippmann klagten gegen die Baulieferanten Finke und Genossen auf Zahlung von 77 M., 39 M. und 40 M. Lohnrest. Die Beklagten (Töpfer-, Schlosser-, Tischlermeister usw.) haben dem Bauunternehmer Paul Mühle für einen von ihm aufgeführten Neubau die nötigen Bauarbeiten geliefert. Als der Bau ins Stocken kam und dadurch die Forderungen der Beklagten gefährdet wurden, nahmen sie die Sache in die Hand, damit der Bau zu Ende geführt werden könnte. Es entwickelte sich das alte Spiel. Die Bank, die das Baugeld gab, stellte plötzlich die Zahlung ein. Es stellte sich heraus, daß nur noch 20 000 M. ausgeworfenes Baugeld vorhanden war, während 33 000 M. noch gebraucht wurden. Für die fehlenden 13 000 M. mußten also die Beklagten Garantie leisten, als Gegenforderung stellten sie dafür ihre Bauforderungen hypothekarisch ein. Um die Kläger zum Weiterarbeiten zu veranlassen, verpflichteten sich die Beklagten, für den Lohn aufzukommen. Das geschah aber nur mündlich, während es nach Ansicht des Gerichts schriftlich hätte geschehen müssen, um sie vor dem Gewerbegericht haftpflichtig für den Lohn zu machen. Hier kann sonst nur der nominelle Arbeitgeber für restierenden Lohn herangezogen werden und das war der Bauunternehmer Paul Mühle, auf dessen Namen die Beklagten den Bau zu Ende geführt hatten. Dieser kaufte das Grundstück von einem gewissen Ulbricht, einer im Bauwesen nicht unbekannten Persönlichkeit, der aber eine „Sicherheitshypothek“ und sonstige „Sicherheitsbedingungen“ dafür erhielt, so daß für ihn absolut keine Gefahr dabei war, sein Grundstück an einen solchen kapitalarmen Bauunternehmer, wie P. Mühle, zu „verkaufen“. Als jene Stockung eintrat, sorgte der Herr Mühle zunächst dafür, daß Herr Ulbricht, von dem er das Grundstück „gekauft“ hatte, wieder durch besondere Bedingungen sichergestellt wurde. Nachdem das erreicht war, blieb Herr Mühle zwar noch formell Bauunternehmer, trat aber bei den nun den Bau zu Ende führenden Bauhandwerkern (den Beklagten) als Polier in Stellung, bekam seinen Wochenlohn und hatte sonst weiter nix to seggen. Sein altes Freundschaftsverhältnis mit dem pp. Ulbricht blieb dabei natürlich völlig ungetrübt. Die Beklagten verweigern die Zahlung eingeklagten Lohnrestes, da sie nicht Arbeitgeber sein wollen und andererseits aus der Arbeit der Kläger keinen anderen Nutzen gehabt hätten, als daß sie ihre Forderungen an Mühle zu retten versucht haben, was aber am Ende auch nicht völlig geglückt sei. Daß sie den Klägern versprochen haben für ihren Lohn zu sorgen, stellen die Beklagten nicht unbedingt in Abrede. Aus diesem ganzen Wirrwarr findet das Gericht keinen anderen Ausweg, als daß es erklärt, es sei möglich, daß die Beklagten den Klägern den geforderten Lohn schuldeten, aber das zu prüfen sei nicht Sache des Gewerbegerichts, sondern diese Klärung müsse auf dem Wege der Zivilklage (Amtsgericht) gesucht werden. Das Gewerbegericht habe nur zu prüfen, ob die Beklagten die formellen Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes seien. Das sei, nach den vorliegenden baupolizeilichen Akten, nicht der Fall. Aus diesem Grunde könne das Gericht den Klägern nicht zu ihrem Gelde verhelfen. Da diese das nicht einsehen können, sondern auf ihrer Forderung bestehen bleiben, bez. ein Urteil wünschen, erfolgt Abweisung ihrer Klage.

Otto Reutter ist wieder in den Viktoriasalon eingezogen und bringt sein Publikum zum herzlichen Lachen. Er kommt diesmal als Traumdeuter — eine Rolle, die nicht ganz so überwältigend komisch ist, wie die des Bänkelsängers vom Vorjahr, in der aber doch allerlei hübsche Bosheiten und arge Berliner Kalauer über politische und sonstige Ereignisse der letzten Zeit in lustiger Form vorgetragen werden. Otto Reutter ist schon durch seine „Visage“, die er durch entsprechende „dämliche“ Mimik wirkungsvoll unterstützt, des Heiterkeitserfolges sicher. Aber er ist mehr als ein Komiker. In manchen seiner Couplets blitzt soziale Satire auf. Und auch unter den harmlosen Sachen seiner „Muse“ kommt selten eine Nummer vor, von der Fadheit und Nüchternheit wie man sie von anderen „Humoristen“ hören kann. Laute Beifallsstürme folgten den Vorträgen. Erst nach wiederholten Zugaben konnte Reutter abtreten.

Von den übrigen Programmnummern sei vor allem eine erwähnt, die am 2. Osterfeiertag keine war, es aber inzwischen hoffentlich geworden. Wir meinen eine junge Vortragskünstlerin, deren Name nicht bekannt gegeben wurde. Sie sprach die Klage der jungen, elenden Streichholzverkäuferin und gab dem heißen Verlangen der Armen nach Leben, nach Glück, nach Liebe schlichten, wahren und ergreifenden Ausdruck. Es war ihr Bestes — die übrigen heiteren Sachen gelangen nicht ganz so gut. Aber, wenn ihre Kunst auch nicht vollendet ist, es ist Kunst und es wäre dem Brett'l gut, wenn man ihr öfter auf ihm begegnete.

Sonst sind noch zu nennen Adelina Rossita, nach dem Zettel die taubstumme königliche Hof-Prima-Ballerina, die graziös nach den Regeln der Schule tanzt und ihnen etwas Eigenes an Ausdruck hinzugefügt hat. Leider ist ihre dritte Nummer „Der Herr Leutnant“ eine Versündigung gegen den guten Geschmack. — Auf dem Gebiet der Beherrschung des Körpers leistet Erstaunliches der Schlangenmensch Carletta, die menschliche Eidechse, der zu Anfang in Gestalt eines großen Drachen mit erschrecklichen glühenden Feuerdrachen- und -Augen auftritt. Auch das Selnia-Reveltons-Trio gehört hierher. Zwei Herren turnen in bekannter Weise an Schweberingen, deren Stricke an den Armen der oben im Kniehang schwebenden Dame befestigt sind. Die Herren entwickeln achtungswerte Kräfte der Armmuskeln und turnerische Gewandtheit. Die Ausdauer und Widerstandskraft der Dame in ihrer unbequemen Lage ist bemerkenswert.

Der italienische Blitz-Verwandlungskünstler Signor Artur Bernardi führt Künste vor, die uns von dem Auftreten seines älteren Bruders bekannt sind und Respekt vor der Schnelligkeit der Bewegung und des Kostümwechsels abnötigen. Erheiternd wirken immer wieder die auch schon bekannten Karikaturen verschiedener Komponisten oder vielmehr ihre Art des Dirigierens. Das Programm enthält außerdem die Vorführungen des Präsentkönigs Willini mit der Maske, der vom vorigen Monat geblieben ist, und die 8 Favorites, ein Gesangs- und Tanzensemble, das nicht singen und mäßig tanzen kann, aber verführerische Kostüme trägt, der Masse des Publikums viel Vergnügen machte und mir einen Gähnkrampf verursachte. Zwei Soubretten sind vorhanden, von denen die erste, Ellen Sousa gefällig tanzt und den Ton der Berliner Range ganz hübsch heraus bringt. Auf anderen Gebieten versagt sie. Mizzi Kirchner, ihre „internationale“ Kollegin, hat vor ihr das glänzendere Kostüm und etwas Vortragskunst voraus. Ihre Stimme aber ist nicht sehr angenehm und ihren Couplets fehlt's bis auf die Erzählungen einer Kammerjungfer an Salz — an Pfeffer natürlich nicht.

Der Kinematoskop bedeutet diesmal eine bittere Enttäuschung. Das Hauptstück seiner Gaben ist eine Bilderserie, die die Wilhelm Tell-Sage behandelt. Man könnte bittere Tränen weinen, wenn man diesen Stoff auf diese Weise verschandelt sieht. Ein paar Statisten in Kostümen von sehr zweifelhafter historischer Echtheit haben vor der Platte ein paar oberflächlich einstudierte Bewegungen von möglichster Sinnwidrigkeit ausführen müssen und Szenerie und Requisiten haben nicht viel Kopfzerbrechen gemacht: Der tosende See wurde ein friedliches Rinnsal und das gefährdete Schiff eine Teichgondel, aus der Tell in aller Gemütsruhe auf einen großen Stein tritt. Brrr! B.

Auch die Wacht, der das Schwindeln zur zweiten Gewohnheit geworden ist, verbreitet heute noch die Mär, daß nur 49 statt der 75 Aerzte in Leipzig ihren Dienst bei der Ortskasse angetreten haben. In Wirklichkeit sind 71 Aerzte tätig, und die etwas sehr voreilige Behauptung des Organs, das Distriktssystem sei nicht durchführbar, ist mit dieser Richtigstellung schon ad absurdum geführt. Sehr nett ist es auch, wie dieses Organ, das sonst Regierung und Behörden platt auf dem Bauche liegend anhimmelt, wenn deren Maßnahmen sich gegen die Arbeiter oder gar gegen die Sozialdemokratie richten, sie in diesem Fall, bei dem sie sich neutral verhalten, lästert. Das unfreiwillig humoristische Blättchen spricht von „königlichen Sozialdemokraten“ und davon, daß „eifrige“ Regierungen die Sozialdemokratie und deren Organisationen stets als Liebkind behandelt hätten. — Wie doch die rote Farbe den Leuten nach „berühmten Mustern“ die Sinne verwirrt.

Die Affäre der Prinzessin Luise von Koburg. Aus Wien wird berichtet: Der Pariser Journalist Henri Roussanne vom Pariser Journal sowie Geza Mattachich richteten an die Neue Freie Presse einen Brief, in dem sie erklären, daß sie sich an Ort und Stelle überzeugten, daß die in Coswig bei Dresden gefangen gehaltene Prinzessin Luise von Koburg nicht irrsinnig ist, es niemals war und keinen anderen Wunsch hegt, als frei zu sein. Roussanne will seine an Ort und Stelle empfangenen Eindrücke im Pariser Journal detailliert veröffentlichen, sodann an die Presse der gesamten Welt appellieren, „damit der Prinzessin das Erbarmen, das ihr von ihren Verwandten versagt werde, ihr von der ganzen Welt zu teil werde“.

Dieser Tage meldeten Wiener Blätter, daß Geza Mattachich vergeblich eine Gelegenheit gesucht habe, die Prinzessin aus der Anstalt zu entführen.

Die bei dieser Gelegenheit von den Zeitungen aufgestellte Behauptung, daß eine Ueberwachung der Irrenanstalt Lindenhof in Coswig durch Gendarmen stattfinde wegen der angeblich beabsichtigten Entführung, wird dem Meißner Tageblatt von „zuständiger Seite“ als Erfindung bezeichnet.

Festgefahren. Gestern früh gegen 5 Uhr fuhr der befrachtete große Dampfer Prag der Oesterreichischen Nordwestdampfschiffahrts-Gesellschaft durch das dritte Fahrjoch der Augustusbrücke. Kaum hatte das auf der Bergfahrt begriffene Dampfschiff die Brücke passiert, als die Steuerkette riß und der Dampfer nach dem rechten Elbufer zu drehte, wo er sich vom siebenten Strombogen an schräg vor die Brücke auf Neustädter Uferseite festlegte. Ein herbeigerufener Schleppdampfer der Gesellschaft (Aussig) vermochte das anscheinend schwer belastete festgekommene Schiff nicht abzuziehen, so daß man sich genötigt sah, eine große Elbzille an den Dampfer Prag anzulegen und die Ueberladung der Frachtgüter mit Hilfe von zwei Dampfhebezeugen vorzunehmen. Einen Schaden hat der Schiffskörper der Prag nicht erlitten, auch versperrt das gewaltige Schiff glücklicherweise die Fahrjoche der Brücke nicht. Die Beamten der Elbstrombehörde waren sofort zur Stelle und haben die nötigen Anordnungen sofort getroffen, um die Elbe möglichst bald wieder frei zu bekommen. Der zum Abbringen herbeigerufene Schleppdampfer Aussig bleibt bis zur Hinwegführung der beladenen Zille beziehungsweise des festgefahrenen Frachtdampfers bergwärts in Bereitschaft verankert.

Verkehr an den Feiertagen. Die Loschwitzer Elbbrücke passierten am Ostersonntag etwa 18 000 Personen, am Ostermontag etwa 15 000 Personen. An Einnahmen wurden erzielt 408 und 321 M. — Die Schwebebahn beförderte am Ostersonntag 2980, am Ostermontag 2334 Personen, die Drahtseilbahn am Ostersonntag 4105, am Ostermontag 2951 Personen.

Feuer. Auf eigentümliche Art entstand am Sonntag vormittag ein Brand im Seitengebäude des Grundstücks Am See 19. Dort hatte sich auf der Sohle eines Schornsteins eine größere Menge Ruß angesammelt, der ins Glühen kam. Hierbei entstand eine derartige Hitze, daß die eiserne Verschlußtüre des Rußlochs glühend wurde, an der sich nun wieder Gegenstände, die in einem Niederlagsraum lagerten, entzündeten. Die alarmierte Feuerwehr mußte eine Schlauchleitung anwenden, um den über Säcke, Kisten usw. verbreiteten Brand zu löschen. Die Rauchentwickelung war eine sehr bedeutende und verqualmte das ganze Treppenhaus, sowie auch Wohnungen. Auch der Schornstein mußte abgeleimt werden, um den Rußbrand zu unterdrücken. Am gleichen Tage mittags erfolgte ein Alarm nach Luisenstraße 39, wo in einer Wohnung die Gardinen herabbrannten. Am Montag wurden vormittags in der 10. Stunde und mittags ½1 Uhr Löschzüge nach der Hamburgerstraße und nach Reißigerstraße 56 alarmiert. Im ersten Fall hatte niederdrückender Rauch eine falsche Meldung veranlaßt und am zweiten Orte waren durch eine Lampe mehrere Kartons mit Manufakturwaren in Brand gesetzt worden. Die Bewohner hatten die Gefahr rasch selbst beseitigen können.

Verbandstag des Deutschen Kürschner-Verbandes.

Dresden, den 5. April 1904.

Bei Beginn der heutigen Sitzung entspinnt sich zunächst eine lebhafte Debatte über die Höhe der Diäten. Wie auf allen Verbandstagen, kommen auch hier die divergierendsten Ansichten zum Vorschein. Es werden 10 Mark und Fahrgeld 3. Klasse mit 15 gegen 6 Stimmen bewilligt.

Es wird dann in der Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgefahren. Leidler-Frankfurt spricht sich für eine baldmögliche Anstellung eines festbesoldeten Zentralvorstandes aus. Im weiteren drehte sich die Debatte meistens um die Sonderstellung eines Teils der Berliner Kollegen. In einem Antrage wird dem Zentralvorstande, der in Berlin eine Filiale des Verbandes gegründet, das Vertrauen ausgesprochen und die Stellung der Berliner Kollegen (Lokalisten) bedauert. Der Vorstand wird weiter beauftragt, eine Einigung mit den letzteren anzustreben. In seinem Schlußwort weist der Vorsitzende Schubert auf die Schwierigkeiten der Agitation unter den Kürschnern hin. Auch in diesem Beruf ist die Heimarbeit — außer in den großen Städten — außerordentlich verbreitet. Ein Antrag, der Dresdner Filiale des Verbandes die Kosten einer Lohnbewegung im Betrage von 60 M. zurückzuerstatten, wird gegen wenige Stimmen angenommen. Dem Vorstand und Ausschuß wird Decharge erteilt.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung: Agitation gibt der Vorsitzende einen einleitenden Vortrag und schildert die Schwierigkeiten derselben, kann aber nicht die Bildung von Agitationsbezirken empfehlen, da dazu der Verband zu schwach sei und vor allem die notwendigen Personen fehlen. Als einzige Möglichkeit, in Orten, wo noch keine Organisation ist, einzudringen, müsse er bezeichnen, daß ev. ein Kollege dort in Arbeit tritt. Durch burschikoses Auftreten von Mitgliedern ist in kleinen Orten schon viel gesündigt worden.

In der Nachmittagssitzung wird die Debatte über den Punkt „Agitation“ fortgesetzt. Es kommt dabei zum Ausdruck, daß man in der Agitation viel Enttäuschungen erfahren hat. In verschiedenen Orten hätten die zur Unterstützung angerufenen Gewerkschaftskartelle versagt. Schwierig sei die Agitation unter den auch im Kürschnerberufe zahlreichen Arbeiterinnen. Sie würden vielfach von ihren männlichen Kollegen ganz außergewöhnlich ausgebeutet, da diese eine Art Zwischenmeister bildeten und infolgedessen bei dem herrschenden Akkordsystem vergäßen, daß sie Klassengenossen der weiblichen Mitarbeiter sind. In dieser Hinsicht müßten die männlichen Kollegen in Zukunft ihr Verhalten ändern und ihre weiblichen Kollegen für die Organisation zu gewinnen suchen. Allgemein wird die Ansicht ausgesprochen, daß der Hauptwert bei der Agitation auf die Kleinagitation zu legen ist. Ein erschwerendes Moment ist ferner, daß die Kürschner bei ihrer beruflichen Eigenart ein förmliches Nomadenleben führen. Sie müßten oft periodenweis im Ausland arbeiten und gingen in dieser Zeit meist wieder der Organisation, für die sie kaum gewonnen, verloren. Des weiteren komme es vor, daß der Schneiderverband Kürschner aufnehme beziehentlich als Mitglieder habe. Dem soll in Zukunft durch eine Verständigung mit dem Schneiderverband vorgebeugt werden. Zum Schluß findet ein Antrag Annahme, der dahin geht, daß in den Orten, wo es sich als wünschenswert erweist, Agitationskomitees nach vorher eingeholter Zustimmung des Hauptvorstandes errichtet werden sollen. Im übrigen wird die Betreibung der Agitation letzterem überlassen.

Zum Punkt Arbeitsvermittelung legt der Verbandsvorsitzende Schubert, deren Notwendigkeit dar. Er betont dabei, daß leider der Gehilfennachweis bei den eignen Kollegen wenig Gegenliebe finde. Das Motiv dazu sei Kurzsichtigkeit und das Bestreben, immer nur für sich allein zu sorgen, indem sich die Kollegen den Unternehmern oft unter unwürdigen Bedingungen zur Arbeit anbieten. In der Debatte wird das vom Hauptvorstand hierzu eingebrachte Arbeitsvermittelungsreglement sympathisch aufgenommen, doch wird die Befürchtung laut, daß der Verbandsarbeitsnachweis von den Arbeitgebern nicht anerkannt wird. Auch hat man unter den jetzigen Organisationsverhältnissen Bedenken bezüglich der praktischen Durchführbarkeit. Nach längerem Hin und Wieder wird der Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises im Prinzip zugestimmt gegen eine kleine Minderheit. Das zu diesem Zw[eck] vom Zentralvorstand dem Verbandstag vorgelegte Reglement wird bera[ten und] mit geringfügigen Aenderungen angenommen.

Versammlungen.

Brauereiarbeiter. Sonntag den 27. März tagte im [kleinen] Saale des Volkshauses eine gutbesuchte öffentliche Brauereiarbeiterversammlung. Ueber: Die endgültige Stellungnahme in der Arbeitsnachweisfrage referierte der Hauptvorstand Kollege Bauer-Hannover. Redner wies nach, wie berechtigt die Forderungen der hiesigen Brauereiarbeiter sind und wie rückständig dagegen sich die Unternehmer im Brauereigewerbe zeigen. Wohl sei das Anerbieten des Verbandes der Brauereien nicht unseren Wünschen entsprechend, doch seien immerhin einige Verbesserungen erzielt worden. Weshalb[?] haben die Unternehmer nicht wieder Vorschläge gemacht wie im Dezember, wodurch überhaupt die Arbeitsvermittlung durch den Nachweis ausgeschlossen war. Besonders rückständig zeigten sich die Herren Unternehmer den Brauereihilfsarbeitern gegenüber, die man vom Arbeitsnachweis vollständig ausschließt. Die Herren wüßten wohl [kaum] zu ihrer ablehnenden Haltung keine Gründe anzuführen, denn ihnen [wäre] es doch gerade für sie zum Vorteil, indem sie Leute erhielten, die bereits im Gewerbe gearbeitet hätten und nicht erst eingerichtet zu werden brauchten. Es spiele hier lediglich die Furcht vor der Organisation eine Rolle. Redner ersucht die Versammlung, trotzdem den Vorschlage der Unternehmer zuzustimmen, damit wenigstens den gelernten Arbeitern die Verbesserungen gesichert seien. Für [die] Brauereihilfsarbeiter sei man immerhin berechtigt, den Arbeitsnachweis von neuem zu fordern. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Nach lebhafter Debatte, in der allgemein der Standpunkt der Unternehmer verurteilt wurde, fand folgende Resolution einstimmig Annahme: Die Brauereiarbeiterversammlung erklärt, dem vom Verband der Brauereien vorgeschlagenen Arbeitsnachweis für die Brauer zuzustimmen. Sie beauftragt weiter die bestehende Kommission sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um auch für die Hilfsarbeiter der Brauereien einen Arbeitsnachweis zu erringen. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie an der Errichtung eines Arbeitsnachweises nach wie vor festhalte.“ In das Arbeitsnachweiskuratorium wählte man als Vertreter Wiedemann, als Stellvertreter Winkler. [...] Gewerkschaftlichen erstattete Wolf Bericht vom Wintervergnügen, [...] vom Gewerkschaftskartell. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Verwaltung mit der Firma Bramsch, Kornbranntwein- und Preßhefenfabrik sowie mit der Firma Renner, Biergroßhandlung, zwecks Tarifabschluß in Unterhandlung stehe und daß man hoffe, [auf] friedlichem Wege Verbesserungen für die dort beschäftigten Arbeiter [zu] erreichen. Darauf erhielt Kollege Bauer das Schlußwort. Er [er]mahnte die Anwesenden, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten und die Organisation zu fördern, sich nicht zu übereilten Schritten hinreißen zu lassen, dann sei es möglich auch ohne Kampf das zu erreichen, wessen man bedürfe. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, [in] dem diesem Sinne zu arbeiten und schloß mit einem dreifachen Hoch [auf den] Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter die Versammlung. (Eing. 2/4.)

Steinarbeiter. Dienstag den 29. März tagte im Volkshaus eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend. Ueber: Krankenversicherung referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Fräßdorf unter allseitiger Zustimmung. In der Debatte wurde bedauert, daß die Klasseneinteilung nach Tages- und nicht nach Jahresverdienst geschieht, auf diese Weise würden gewiß viele benachteiligt werden, weil der Steinmetz im Sommer bei etwas besserem Verdienst eine hohe Klasse bezahle, bei Eintritt der rauheren Jahreszeit aber [sinke] der Verdienst und mit ihm die Klasse; die Erkrankungsgefahr aber [steige] infolge der Witterungseinflüsse. Genosse Fräßdorf versprach, [daß] das Gesetz in loyalster Weise ausgelegt werden solle. [Unter] Gewerkschaftlichen gibt der Vertrauensmann das Resultat der Abstimmung in Tarifangelegenheiten bekannt. Des weiteren ladet er die Kollegen zu einer Besichtigung der neuen Dresdner Konsumbäckerei am Sonntag den 10. April, vormittags ½10 Uhr, ein; Sammelplatz: Volkshaus. Unsere bestehende Schiedskommission wurde aufs neue wieder bestätigt, dabei die Kollegen, die eine Eingabe haben, um Beschleunigung derselben gebeten, weil nächstens eine Sitzung stattfindet. Nach Bekanntgabe, daß jeden Sonnabend, Zimmer Nr. 16, Kassenabend stattfindet, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung. (Eing. 2/4.)

Dresdner Polizeibericht vom 6. April.

Angeblich wegen eines körperlichen Leidens tötete sich gestern vormittag im königl. Großen Garten ein 19jähriger Handlungsgehilfe von hier durch zwei Schüsse in den Kopf.

Am Sonntag nachmittag fiel auf der Johann Meyerstraße eine Maurersehefrau beim Fensterreinigen aus dem ersten Stockwerk in den Hof herab und erlitt am rechten Fuße einen doppelten Knöchelbruch.

Auf dem Holbeinplatze stieß am Montage ein Straßenbahnwagen mit einem unbesetzten Omnibus zusammen, wobei der Kutscher des letzteren vom Bocke fiel und leicht verletzt wurde.

Dresdner Theater.

Donnerstag den 7. April.

Opernhaus (Altstadt). Der Dämon. Anfang halb 8 Uhr.

Schauspielhaus (Neustadt). (Für die Montag-Abonnenten vom 4. April.) Nur kein Leutnant. Anfang halb 8 Uhr.

Residenztheater. Gastspiel von Frl. Jenny Groß: Maria Theresia. Anfang halb 8 Uhr.

Zentraltheater. Bruder Straubinger. Operette in [drei] Akten von M. West und J. Schnitzer. Musik von Edmund Eysler. Anfang halb 8 Uhr.

Victoria-Salon.

Otto Reutter, der erste Humorist des deutschen Varietés. Ferner: der Blitz-Verwandlungskünstler A. Bernardi; die taubstumme königl. Hof-Prima-Ballerina Adeline Rossita; der Präsentkönig Willini, der Mann mit der Maske etc. Einl. 6½ Uhr. Anf. 7½. Sonntag 3½ u. 7½ Uhr.

Im Tunnel: Künstler-Ensemble „Falstaff“.

In unserem Verlage ist heute erschienen:

Praktischer Ratgeber

für den

Sächsischen Steuerzahler.

Erläuterung des Einkommensteuer-Gesetzes

und Anleitung zur richtigen

Deklaration und Reklamation.

Mit zahlreichen Beispielen, Formularen und einer Steuertabelle

von Emil Nitzsche.

Vierte nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. Juli 1902 umgearb. Auflage.

Preis 30 Pfennig.

Verlag von Kaden & Komp., Zwingerstraße 22.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040406/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG